

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 210 Februar 2002

Am 3. März in den Stadtrat Uster:

Esther Rickenbacher

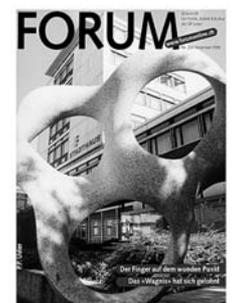
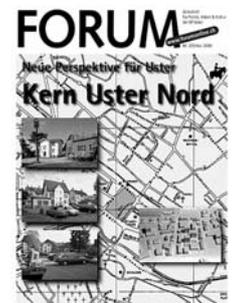
& Martin Bornhauser



P.P. Uster

Gemeinderat Liste 1
Ja zur UNO

Liebe Wählerinnen und Wähler ... Editorial von Ewald Feldmann	3
«Ich möchte mich für mehr Lebensqualität einsetzen» Interview mit Martin Bornhauser, Stadtrat für Uster	4
«Eine angemessene Vertretung von Frauen ist wichtig» Interview mit Esther Rickenbacher, Stadträtin für Uster	6
Uster – eine Stadt im Aufwind Die Wahlplattform der SP Uster	8
Der Lohn der vielen Anläufe Legislaturfazit des Fraktionspräsidenten Von Stefan Feldmann	9
Das Zentrum, aber auch die «Ränder» stärken Von Stefan Feldmann, Gemeinderat für Uster	10
Den Zwischenräumen Sorge tragen Von Barbara Thalmann, Gemeinderätin für Uster	11
In den Gemeinderat: Liste 1 Die gesamte Liste 1 im Überblick	12
Alles andere als eine Worthülse Von Dagmar Anderes, Gemeinderätin für Uster	14
Keine Luft für Steuerfuss-Experimente Von Rolf Graf, Gemeinderat für Uster	15
Den Verkehr grundsätzlich verlangsamen Von Peter Mathis, Gemeinderat für Uster	16
Im hohen Alter ins «Massenlager» Von Christian Wühtrich, Gemeinderat für Uster	17
Chancengleichheit nicht gefährden Von Rosmarie Gartmann, Gemeinderätin für Uster	18
Kultur ist kein Luxus, Kultur ist Notwendigkeit Von Ruth Aschwanden, Gemeinderätin für Uster	19
Auf dem Weg zur Schlafstadt Von Reto Dettli, Gemeinderat für Uster	20
Umdenken alleine reicht nicht Von Patricia Bernet, Gemeinderätin für Uster	21
Sicher habe Sie ihn schon gesehen Von Marc Meyer, Gemeinderat für Uster	22
Uster besteht aus lauter Minderheiten Von Lennie Overdulve, Gemeinderätin für Uster	23



IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster
www.forumonline.ch

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei
 Anschrift: FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
 Auflage: 16 000
 Abonnement: für 1 Jahr mindestens Fr. 30.– auf
 PC 80 – 13431 – 8
 Redaktion: Dagmar Anderes, Margrit Enderlin,
 Stefan Feldmann, Fredi Gut,
 Rolf Murbach,
 Layout: Fredi Gut
 Vertrieb: Stefan Feldmann
 Druck: Ropress Zürich
 Titelfeld: Ernesto Voegeli

Liebe Wählerinnen und Wähler, liebe Einwohnerinnen und Einwohner von Uster



Man kann es drehen wie man will, an der SP Uster kommen die andern Parteien nicht vorbei. Ein grosser Teil von Ideen und Vorschlägen, die in den letzten Jahren Uster geprägt, Uster geändert, Uster ein neues Selbstbewusstsein gegeben haben, sind von der Sozialdemokratischen Partei eingebracht worden.

Natürlich hat und hatte die SP-Gemeinderatsfraktion zahlenmässig kaum eine Chance gegen den geschlossenen bürgerlichen Block von FDP, SVP und EVP, ihre Ideen und Vorschläge im ersten Anlauf durchzubringen. Zumeist wurden sie von den Bürgerlichen zurückgewiesen.

Mit erstaunlicher Regelmässigkeit kommen dann diese Themen später wieder aufs Tapet, vielleicht von einer anderen politischen Seite, vielleicht mit einigen Retuschen. Denken wir zum Beispiel an die redimensionierte Zürichstrasse, an die «freundliche Zone» beim Bahnhof, denken wir an die Ideen für eine Kernüberbauung oder an die nun einsetzende aktivere Kulturpolitik der Stadt, denken wir an die Vorstösse für eine umfassende familienergänzende Betreuung oder für Blockzeiten in den Ustermer Schulen. Alle diese Beispiele zeigen: Die SP Uster hat in den letzten Jahren diese Stadt trotz ihrer Minderheitsposition wohl mehr als andere Parteien geprägt. Die SP Uster ist die Stadtpartei.

Uster als Wohnort und Arbeitsplatz pflegen

Wir SozialdemokratInnen führen die Worte «sozial» und «demokratisch» nicht nur im Munde, wenn Wahlen oder Abstimmungen anstehen. Bei Budgetdebatten stehen wir zu den Ausgaben, die nötig sind, dass Menschen, welche in unserer Gesellschaft Mühe haben, in Armut leben oder – noch schlimmer – von der Gesellschaft ausgegrenzt werden, in Würde leben können. Von einer linearen Steuersenkung profitieren vor allem die Reichen, der Mittelstand und die weniger Vermögenden aber profitieren kaum davon. Dafür fehlen der Stadt dann die Mittel, um das öffentliche Verkehrsangebot zu verbessern, um mehr in unser Bildungs- und Kulturangebot zu investieren, um mehr Geld für die familienergänzende Betreuung oder für die Bildung bereitzustellen. Und das sind genau die Bereiche, die für die Attraktivität eines Wohn- und Arbeitsplatzes Uster von grosser Wichtigkeit sind.

Die vergangenen Wochen und Monate haben uns eines klar und deutlich vor Augen geführt: Die Rezepte der Privatisierer und Neo-Liberalisierer haben sich als untauglich erwiesen. Es ist für ein Land wie die Schweiz schlicht ein Skandal, dass Beschäftigte bei Entlassungen für einen Sozialplan kämpfen müssen, demgegenüber aber Manager Erfolgsboni und im Falle eines Scheiterns «goldene Fallschirme» in der Form von Abgangsentschädigung in Millionenhöhe erhalten. Das Ansehen der Grossbanken ist erledigt, das Vertrauen der Arbeitnehmenden in den Sachverstand von Top-Managern nachhaltig erschüttert, weitere Privatisierungen von Bahn, Post oder Swisscom wie von der Economiesuisse gefordert, dürften vorderhand vom Tisch sein.

Miteinander statt gegeneinander

Dies alles muss schonungslos festgehalten werden. Es wäre aber nun ein Leichtes, einfach zu sagen: «Wir haben es ja schon immer gesagt» und uns in Schadenfreude zu hüllen. Die SP Uster will dies nicht tun, denn die vergangenen

Wochen und Monate haben gezeigt, dass wieder ein neues Gleichgewicht geschaffen werden muss zwischen Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden, zwischen dem Streben nach Gewinn und einer sozialen Verantwortung. Ein Miteinander statt einem Gegeneinander ist wichtig, wir müssen der Verunsicherung in unserer Gesellschaft gemeinsam entgegentreten und nicht Ängsten und Unzufriedenheit Vorschub leisten, wie das besonders eine Partei tut.

Die SP Uster wird allerdings im Bemühen gemeinsame Wege zu finden, nun nicht plötzlich in die Mitte rutschen, wir werden unseren Gedanken und Ideen treu bleiben. Aber wir wollen versuchen, mit denen, die sich ebenfalls Gedanken für einen starken, menschenbezogenen, sozialen und friedlich-humanitären Staat machen, mit denen, die unser Land weltoffen und nicht als Igel- oder Rosinenpicker-Staat sehen, Lösungen und Kompromisse zu finden.

Unsere Qualität für Uster

Für die kommenden Wahlen des Stadt- und Gemeinderates vom 3. März können wir Ihnen sehr engagierte Leute vorschlagen, die eben diese Voraussetzungen des Miteinanders mitbringen und die es sich lohnt, zu wählen.

Martin Bornhauser und Esther Rickenbacher haben sich das anspruchsvolle Ziel gesetzt im Ustermer Stadtrat die Lebensqualität für unsere Stadt noch zu verbessern, für diese Stadt in sozialem und ökologischem Sinne Verantwortung zu übernehmen. Sie haben sich auch das Ziel gesetzt, dass die Sozialdemokratische Partei endlich wieder mit zwei Personen in der Exekutive der Stadt vertreten sein wird.

Und die Qualität unserer Gemeinderatsliste – notabene die Liste 1 – ist ebenso beeindruckend: 18 Frauen und 18 Männer, die davon überzeugt sind, dass es wichtig ist, sich für diese Stadt zu engagieren. Wahlen Anfang März! Es wird wärmer werden – es wird wieder Frühling. Es soll wärmer werden in unseren Herzen.

Geben Sie sich und uns die Chance, damit das Verlangen nach Wärme nach den kalten und traurigen letzten Wochen des vergangenen Jahres erhalten bleiben. Es lohnt sich, wieder die Liste 1 in die Urnen zu legen.

Ewald Feldmann,
Präsident der SP Uster

Ewald Feldmann

P.S.: Am 3. März sind nicht nur Wahlen, sondern auch Abstimmungen, z.B. über den Beitritt der Schweiz zur UNO. Sorgen Sie auch hier mit einem JA dafür, dass sich die Schweiz öffnet und im Rahmen der Völkergemeinschaft hilft, für die drängenden Probleme dieser Welt wie Hunger, Armut und Krieg Lösungen zu suchen und zu helfen. Was uns für Uster wichtig ist, muss auch für die Welt wichtig sein: miteinander statt gegeneinander.

Interview mit Martin Bornhauser, Stadtratskandidat der SP Uster

«Ich möchte mich für mehr Lebensqualität einsetzen»



FORUM: In einer Rede sagtest du über dich selbst: «Ich bin ein Schwätzer, ein Anhänger des schwarzen Humors und ein Zyniker». Das sind kaum Eigenschaften, die man sich für einen Stadtrat wünscht...

Martin Bornhauser: In meinen Reden habe ich wiederholt Heinz Riesenhuber zitiert: «Die Politiker reden zuviel, sie hören zuwenig zu und kommen deshalb kaum zum Denken». In diesem Sinn halte ich der «classe politique» gerne und oft den Spiegel vor. Wenn ich mich in einer meiner Reden als «Schwätzer, ein Anhänger des schwarzen Humors und als Zyniker» bezeichnete, so schlüpfte ich rhetorisch in die Rolle des «Hofnarren», der Kritik dort anbringen darf, wo es anderen verboten ist. Generell meine ich, dass wir PolitikerInnen uns nicht so unheimlich wichtig nehmen sollten – aber Wichtiges tun.

Ich denke, erst wer über sich selbst lachen kann, erlangt die nötige Distanz, um nicht seine Person in den Mittelpunkt stellen zu müssen, sondern seine Taten. Er gewinnt damit Selbstvertrauen und setzt sich ganz natürlich durch.

Nur wer kein Selbstvertrauen hat, muss ständig angeben.

Im Laufe deiner politischen Tätigkeit hast du dir vor allem in Drogen- und Jugendfragen einen Namen gemacht. Weshalb engagierst du dich besonders für diesen Bereich?

Das hat sicherlich mit meinem Beruf zu tun, der direkten täglichen Konfrontation mit Drogen- und Jugendproblemen. Im übrigen liegt mir die Jugend auch darum besonders am Herzen, weil sie unsere Zukunft ist und – im Gegensatz zu uns Erwachsenen – ein feines Sensorium für das «Echte und Wahre» hat.

Als Stadtrat möchtest du die Lebensqualität in Uster steigern. Was heisst das konkret?

Lebensqualität heisst für mich, sich in Uster, im Quartier, in der Nachbarschaft wohl zu fühlen, geborgen und aufgehoben. Das setzt voraus, dass man seine Nachbarn kennt und mit ihrer Hilfe rechnen darf. Als Lebensqualität empfinde ich weiter, in einem ruhigen Wohngebiet (ohne

Verkehr) zu leben, in einem Naherholungsgebiet neue Energie tanken zu können und aus einem reichhaltigen Freizeit- und Kulturangebot auswählen zu dürfen.

Als Stadtrat will ich mich für alle Massnahmen einsetzen, die sich positiv auf die Lebensqualität auswirken. Es gilt Sport und Freizeitgestaltung zu fördern, eine auf Lebensqualität ausgerichtete Stadtplanung und Verkehrspolitik, Naherholungsgebiete für jedermann und eine Kultur-, Jugend- und Alterspolitik, die diesen Namen verdient.

Ein weiteres Ziel, dass du im Falle deiner Wahl anstrebst, ist die Förderung des Engagements der Bürger und Bürgerinnen für Uster. Wie willst du das erreichen?

Wer sich in einer Gemeinschaft engagiert, schafft sich ein Stück Heimat, einen Ort des Aufgehobenseins. Für dieses Umfeld übernimmt er Verantwortung, setzt sich dafür ein und hält ihm sorg. Die Gemeinschaft kann Jodlerverein heissen, Handballclub oder Frauenverein. Der

Schritt vom Engagement in einem Verein zum Engagement für das Gemeinwesen, also die Stadt, ist klein. Daher will ich das Vereinsleben fördern, speziell auch die Quartiervereine.

Weshalb besonders die Quartiervereine?

Die Quartiervereine nehmen – wie auch die Orts-, Dorf- und Gemeindevereine – im Gemeinleben eine sehr wichtige Funktion wahr. Sie fördern den Gemeinsinn und das Gemeinschaftsgefühl und stärken die Verantwortlichkeit jedes Einzelnen für die Gemeinschaft.

Da sie näher am Bürger bzw. der Bürgerin sind als die VertreterInnen der Verwaltung und der Stadtbehörden, können sie Stimmungen, Wünsche und Anliegen der Quartierbevölkerung besser wahrnehmen, sammeln, bündeln und der Stadt Uster kommunizieren. Ich denke dabei etwa an Bedürfnisse wie eine bessere nächtliche Beleuchtung oder Temporeduktion des Verkehrs. In diesem Sinne könnten die Quartiervereine eine sehr fruchtbare Sensor- und Sprachrohrfunktion übernehmen, von der die Stadt Uster nur profitieren kann. Es wäre auch möglich, die Orts-, Quartier-, Dorf- und Gemeindevereine in städtische Vernehmlassungsverfahren miteinander zubeziehen, um Entscheidungsgrundlagen an der «Basis» zu erlangen. Sie sind auch geeignet, übergeordnete Entscheide den QuartierbewohnerInnen zu erläutern und dafür Einsicht und Verständnis zu wecken.

Nicht zuletzt könnte die Stadt Uster den entsprechenden Vereinen auch öffentliche Aufgaben delegieren oder sie damit mandatieren. So führt der Gemeindeverein Nänikon beispielsweise im Auftrag des Stadtrates von Uster die Dorfbibliothek.

Seit 1977 warst du immer in einer politischen Behörde. Du hast eine Familie, einen anstrengenden Beruf und fährst leidenschaftlich gern Velo. Aus welchen Gründen ziehst du die Bürde des Stadtratsamtes mehr persönlicher Freizeit vor?

Es entspricht nun mal meinem Naturell, mich in der Politik zu engagieren. Lieber schiebe ich, als dass ich geschoben werde. Ein Stadtratsmandat würde ich sicher nicht als Bürde empfinden,



Die Quartiere und Aussenwachen müssen gestärkt werden.

umso mehr als es seit längerem mein Wunsch ist, nicht nur die Exekutive an ihre Führungsverantwortung zu erinnern, sondern sie selber zu tragen; es besser zu tun.

Ein Stadtratsmandat ist mit einer 30 bis 40 Prozent Stelle zu veranschlagen. 10 bis 20 Prozent fallen ausserhalb der Arbeitszeit an. Einen halben Tag stellt mir der Kanton kompensationslos zur Verfügung, und einen halben Tag pro Woche muss ich kompensieren. Als Kantonsrat und erst recht als dessen Präsident ist der Aufwand einiges grösser.

Nach meinem beschlossenen Rücktritt aus dem Kantonsrat Ende April 2002 und meiner Entlassung aus der Militärpflicht werde ich daher gar über mehr freie Zeit verfügen. Diese möchte ich vor allem mit meiner Frau geniessen (unsere Kinder sind beinahe erwachsen) und häufig Sport treiben. Jährlich lege ich mit meinem Rennrad zwischen 8000 und 10 000 Kilometern zurück. Das spart Arztkosten und ist für mich der erforderliche Ausgleich zur beruflichen und politischen Belastung.

Als Stadtrat würde dir aufgrund deiner Erfahrungen natürlich die Leitung der Abteilung Soziales liegen. Könntest du dich auch mit der Raumordnung oder dem Hochbau anfreunden?

Kein Problem. Die Aufgabe eines Stadtrates ist ja

dreigeteilt: er muss mit den Stadtratskolleginnen und -kollegen die Geschicke der Stadt lenken, eine Verwaltungsabteilung führen und die Stadt nach aussen repräsentieren. Allen drei Erfordernissen kann ich genügen:

Ich bringe ein grosses Mass an politischer Erfahrung und an politischem Wissen mit; weiss, wie man in einem politischen Gremium auftritt, und kann mich dem Kollegialprinzip unterziehen, ohne mich zu verleugnen. Nach 17 Jahren politischer Arbeit in der Stadt Uster und 11 Jahren auf kantonalen Ebene habe ich mir einen sehr guten Ruf und Anerkennung über alle Parteigrenzen hinweg erschaffen. Das garantiert mir eine starke Stellung im Stadtrat.

Auch eine Verwaltungsabteilung zu führen, fällt mir leicht. Mein Führungsstil ist kooperativ und geprägt von Vertrauen auf Kredit. Welche Abteilung mir auch zugewiesen wird, ich werde mich - das ist nun mal meine Art - sehr rasch in die Materie einarbeiten, um fachliche Kompetenz zu erlangen. Natürlich habe ich Favoriten, das sind die Abteilungen für Sicherheit, die Abteilung für Soziales und die Abteilung für Gesundheit. Ich kann mir aber auch alle anderen Abteilungen vorstellen. Letztlich fällt mir auch das Repräsentieren immer leichter und macht mir immer mehr Spass.

Kannst du abschliessend in einem Satz sagen, weshalb man dich wählen soll?

Ich biete Gewähr für eine seriöse, verlässliche und auf kontinuierliche, sozialverträgliche Erneuerung ausgerichtete stadträtlichen Politik.

Interview mit Esther Rickenbacher, Stadtratskandidatin der SP Uster

«Eine angemessene Vertretung von Frauen ist wichtig»

FORUM: Von 1990 bis 1996 warst du als Gemeinderätin von Uster politisch aktiv, danach jedoch nicht mehr. Weshalb möchtest du dich nun erneut politisch engagieren?

Esther Rickenbacher: Ich empfand meine sechsjährige Tätigkeit als Gemeinderätin interessant und es gab mir viel Genugtuung, bei der Gestaltung der Gemeinde Uster aktiv mitarbeiten zu können. Als die Mehrbelastung der Studienabschlussprüfungen immer grösser wurde, musste ich mein politisches Engagement aber zugunsten meiner Familienarbeit als alleinerziehende Mutter zweier Kinder einstweilig zurückstellen. Nach dem erfolgreichen Abschluss des Studiums folgte der Wiedereinstieg ins Berufsleben. Nach nunmehr vierjähriger Gerichtstätigkeit möchte ich mich nebst meiner heutigen interessanten Tätigkeit als BezirksrichterIn wieder der Gemeinde Uster zur Verfügung stellen.

Mit der Verleihung des Wakker-Preises und des Energielabels ist ein neues Selbstbewusstsein in Uster spürbar. Es lohnt sich, sich für diese Stadt einzusetzen. Als Stadträtin von Uster möchte ich exekutive Verantwortung für diese Stadt und deren Bewohnerinnen und Bewohner übernehmen. Aufgrund meiner persönlichen Eigenschaften und beruflichen Erfahrungen meine ich, in Uster einiges bewegen zu können.

Du hast dich immer besonders für Frauenanliegen stark gemacht. So organisiertest du unter anderem den Frauenstreiktag von 1991 mit. Wo werden heute, elf Jahre später, Frauen noch benachteiligt? Seit 1991 ist politisch, wirtschaftlich und auf Gesetzesebene einiges passiert. Dennoch begrenzt das Geschlecht auch heute noch die gesellschaftlichen Chancen der Frauen. So erhalten Frauen bei gleichwertiger Arbeit und Erfahrung markant geringere Löhne als Männer. Leitende Positionen in staatlichen Verwaltungen und privaten Unternehmen sind immer noch Männersache. Frauen arbeiten auch weit häufiger als Männer in nicht existenzsichernden Niedriglohnbereichen. Als direkte Folge davon resultiert eine massive Benachteiligung der Frauen bei den Sozialversicherungen. Und der gleichstellungspolitisch wohl wichtigsten Forderung der Frauen wurde an der Urne im Frühling 1999 durch Ablehnung der Mutterschaftsversicherung erneut eine Absage erteilt, so dass die Schweiz trotz jahrzehntealtem Verfassungsauftrag bis heute keine Mutterschaftsversicherung hat.

Auch das kulturelle Geschehen in Uster soll durch konsequente Umsetzung des Kulturkonzepts nachhaltig verbessert und die Sportpolitik gefördert werden.

Auch die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen in der Politik ist im heutigen Zeitpunkt nicht realisiert. Während seit dem Frauenstreik bei kantonalen und kommunalen Exekutivwahlen der Frauenanteil kontinuierlich zunahm, ist seit den Wahlen 1999 ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Eine angemessene Vertretung der Frauen in politischen Ämtern ist somit nach wie vor ein wichtiges Frauen-Anliegen.

Siehst du auch auf lokaler Ebene Handlungsbedarf, die Anliegen der Frauen zu fördern?

Heute bekleidet meines Wissens eine einzige Frau eine Position im oberen Kader in der Stadtverwaltung Uster. Dieses Ungleichgewicht gilt es in den nächsten Jahren auszugleichen. So ist etwa bei öffentlichen Stellenbesetzungen eine Frau dem Mann vorzuziehen, wenn beide Bewerber über gleichwertige Voraussetzungen verfügen.

Die Stadt Uster sichert in vorbildlicher Weise die Frauenberufsarbeit, indem familienergänzende Kinderbetreuungsstätten finanziell unterstützt werden. Als Stadträtin möchte ich mich dafür einsetzen, dass diese Politik weitergeführt und verbessert wird. Stichworte dazu sind Blockzeiten, Mittagstische und Jugendhorte. Und diese Strukturen müssen unabhängig von der Wirtschaftssituation aufrecht erhalten werden, handelt es sich hierbei doch langfristig um die beste Sozialpolitik.

Im Zusammenhang mit frauenspezifischen Anliegen denke ich weiter an Sicherheitsfragen. Grundsätzlich gilt es, Frauen im öffentlichen Raum insbesondere vor Überfällen und Belästigungen zu schützen. Hier ist die Polizei gefordert. Sie soll durch eine kontinuierliche Präsenz vor



allem abends und nachts für Sicherheit sorgen. Die Beleuchtung neuralgischer Plätze entschärft diese Problematik ebenfalls. Besonders auch im Strassenverkehr sind Frauen, respektive Mütter mit ihren Kindern, Gefahren ausgesetzt, da sie es zu einem Grossteil sind, die sich im Strassenraum bewegen.

Die Verkehrssituation ist in Uster generell nicht optimal. Welche Prioritäten siehst du in diesem Bereich?

Die verkehrsmässig grösste Aufgabe der Stadt Uster ist die Lösung des Nord-Süd-Verkehrs. Kurzfristige Lösungen, welche einfach an anderen Orten neue Verkehrsprobleme generieren, sind jedoch abzulehnen. Die Lebensqualität in den Quartieren ist durch Tempo-30-Zonen weiter zu verbessern. Die bessere Erschliessung von Freizeitstätten wie Sportzentren und Naherholungsgebiet Greifensee durch den öffentlichen Verkehr dient ebenfalls der Verkehrssicherheit. Im Sinne eines attraktiven Stadtzentrums müssten weitere Teile der Innenstadt, so beispielsweise die Poststrasse, dem Autoverkehr vollständig entzogen werden.

Was gilt es in Uster ausserdem – abgesehen vom Verkehr – zu verbessern?

Uster ist heute eine attraktive Stadt zum Wohnen und Arbeiten. Bester Beweis dafür ist die ständig wachsende Zahl von Neuzuziehenden. Und das soll so bleiben, trotz weiteren Wachstums. Wächst die Stadt weiter, braucht es neue Arbeitsplätze. Das Projekt Loren ist deshalb nunmehr umzusetzen.

Eine attraktive Stadt muss ihren BewohnerInnen neben Arbeitsplätzen aber auch Wohn-



raum bieten. Unter anderem durch Abgabe von stadteigenem Land an Wohnbaugenossenschaften könnte günstiger Wohnraum realisiert werden.

Um mit dem Wachstum auch die Lebensqualität zu steigern, sind die sogenannten weichen Standortfaktoren zu optimieren: das ganze Schul- und Bildungsangebot gilt es auszubauen. Uster soll sich für eine schnellere Verlegung der Mittelschule engagieren, und die Einführung von Blockzeiten an allen Primarschulen ist unverzüglich zu realisieren. Der Schulunterricht soll auf allen Stufen mit einem Mittagstisch kombiniert werden, und die familienergänzenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten sind mit finanzieller Hilfe der Stadt Uster kontinuierlich zu erweitern. Auch das kulturelle Geschehen in Uster soll durch konsequente Umsetzung des Kulturkonzepts nachhaltig verbessert und die Sportpolitik gefördert werden. Als Mutter von zwei Söhnen, welche von Kindsbeinen an Sport treiben, weiss ich, dass gerade Sportpolitik auch Jugendpolitik ist.

Seit Januar 2000 bist du Richterin am Bezirksgericht Uster. Inwiefern bestehen Berührungspunkte zwischen diesem Amt und der Tätigkeit als Stadträtin?

Als Richterin bin ich gewohnt, Verhandlungen kompetent zu führen, habe Erfahrung im Lösen von Konflikten und bin vertraut mit dem Lösen von juristischen Problemen. Diese Erfahrungen kann ich im neuen Amt wirkungsvoll einbringen.

Und wie steht es mit der Belastung?

Das Amt als Bezirksrichterin ist ein Teilpensum, es umfasst 50 Prozent. Von daher lässt es sich in geradezu idealer Weise mit dem Stadtratsmandat kombinieren.

Wenn du als Stadträtin dein Geschäftsfeld frei wählen könntest: Für welches würdest du dich entscheiden?

Ich habe kein Wunsch-Ressort sondern bin offen für jede Abteilung. Ausschlaggebend für die Aufteilung wird sein, wen die UstermerInnen

in den Stadtrat wählen. Erst dann lässt sich abschätzen, wer welches Ressort am besten vertritt. Wichtig ist, dass die fachliche und persönliche Kompetenz für die Vergabe im Vordergrund steht.

Zum Schluss bitte noch einen Satz, weshalb man dich wählen soll.

Als Mutter von zwei Kindern und als langjähriger alleinerziehender Elternteil kenne ich die täglichen Anliegen des Familienlebens. Meine Tätigkeit als Bankfachfrau in einem von Männern dominierten Umfeld, die Weiterbildung zur Juristin und nunmehr mein Richteramt lehrten mich, Anliegen zu vertreten und diese erfolgreich durchzusetzen. Ich habe gelernt, mich auf das Wesentliche zu konzentrieren, Probleme ganzheitlich zu sehen und gezielt Lösungen zu finden. All diese Erfahrungen erlauben mir, viele Menschen von Uster zu verstehen und kompetent vertreten zu können.

Interview: Dagmar Anderes

Uster – eine Stadt im Aufwind

Unsere Stadt ist im Aufwind. Wir haben eine gute Presse. Immer neue Menschen ziehen nach Uster, Nänikon, Riedikon, Wermatswil oder Sulzbach. Sie schätzen die hohe Wohnqualität, das dichte öffentliche Verkehrsangebot, die wunderschöne Landschaft und den frischen Wind, welcher durch Uster weht. Sie kommen zu uns, obwohl Uster nicht mit tiefen Steuern lockt, denn sie wissen: Qualität hat auch ihren Preis. Dafür erwarten sie, dass unsere Stadt und ihre Behörden auch künftig zu unseren Qualitäten Sorge tragen.

Jetzt soll Uster das Erreichte konsolidieren und weiter gestalten.

Die **Sozialstadt Uster** trägt Sorge. Sie schaut, dass auch Menschen, welche Mühe haben, sich in unserer unruhigen Zeit zu orientieren, ihren Platz finden. Wir setzen uns ein für soziale Netzwerke auf allen Stufen. Prävention heisst aktive Unterstützung aller Vereine und Institutionen, welche soziale Sicherheit vermitteln.

Die **Arbeitsstadt Uster** ist unterbeschäftigt. Wir brauchen neue Arbeitsplätze für unsere neuen MitbewohnerInnen. Der Arbeitsplatz am Wohnort fördert die Identifizierung mit der lokalen Gemeinschaft und hilft Ressourcen zu schonen.

Die **Einkaufsstadt Uster** ist entwicklungsfähig. Wir unterstützen das Projekt «Kern Nord» genauso wie andere private Initiativen, welche mithelfen, das Lokale zu stärken. Uster braucht ein fröhliches und aktives Zentrum.

Die **Kommunikationsstadt Uster** spricht zu Ihnen. Dazu gehört eine kundenfreundliche Verwaltung, die Unterstützung der Quartier- und Dorfvereine in ihrer wertvollen Arbeit und die Fortsetzung der wichtigen Stadtgespräche. In Uster muss diskutiert, gestritten und gelacht werden.

Die **Kulturstadt Uster** regt sich. Kulturelle Initiativen wie das Qbus-Projekt, das neue Freizeit- und Jugendzentrum (Frjz), aber auch der Musikcontainer und die Villa am Aabach zeigen auf, dass das «steinige Pflaster» aufgebrochen werden kann. Wir bleiben dran, denn unser kultureller Hunger ist noch lange nicht gestillt.

Die **Schulstadt Uster** erwacht. Blockzeiten und familienergänzende Betreuungsangebote sind keine Fremdwörter mehr. Wir werden zum Bildungszentrum Oberland. Denn wir wissen: Die Schule ist unsere Zukunft; begleiten und gestalten wir sie aktiv auf ihrem Weg.

Die **Sportstadt Uster** bewegt. Unsere Sportstätten sind vielfältig und ausgezeichnet betreut. Wir setzen uns dafür ein, dass die Vereinsarbeit auch entsprechend honoriert wird. Sportpolitik ist auch Jugendpolitik.

Die **Verkehrsstadt Uster** ist zu stressig. Die einen klagen über zu oft geschlossene Barrieren, die andern möchten neue Umfahrungsstrassen bauen. Wir wollen eine Ent-Schleunigung des Verkehrs. Es braucht mehr Tempo 30-Zonen und mehr Schutz für die schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen.

Die **Naturstadt Uster** ist gefährdet. Die zunehmende Attraktivität unserer Stadt schafft auch Probleme. Die Ufer des Greifensees, der Stadtpark und die umliegenden Erholungsräume sind zu schützen und zu pflegen. Tragen wir gemeinsam Sorge zu unseren natürlichen Ressourcen.

Uster ist eine Stadt im Aufwind. Dazu haben auch wir unseren grossen Teil beigetragen. Wer uns wählt, sorgt dafür, dass es – engagiert und aufmerksam – weitergeht.

Legislaturfazit der Fraktionspräsidenten

Der Lohn der vielen Anläufe



Alle vier Jahre wählt die Bevölkerung seine Behörden. Die Parteien nehmen dies auch immer zu Anlass, ihr Programm für die nächsten vier Jahre vorzustellen und Ver-

sprechungen abzugeben. Dies tut natürlich auch die SP Uster: Viele unserer Ziele ersehen Sie aus den Texten unserer KandidatInnen. Diese Seite hingegen soll dazu dienen, eine Bilanz der letzten vier Jahre zu ziehen und zu zeigen, was die SP Uster erreicht hat (und was nicht).

Von Stefan Feldmann

Präsident SP/Juso-Gemeinderatsfraktion

Aus einer Minderheitsposition heraus zu politisieren ist nicht immer einfach, hin und wieder sogar frustrierend. Doch wenn ich auf die vergangenen Legislaturperiode zurückblicke, so bin ich doch immer wieder erstaunt, wie oft es uns gelungen ist, Ideen und Forderungen der Sozialdemokratie zum Durchbruch zu verhelfen. Manchmal braucht es dazu viel Sitzleder, zwei, drei Anläufe und einige Jahre Zeit, aber mit überzeugenden Argumenten gelingt es am Ende dann doch, eine «Koalition der Vernunft» zu schmieden und den Lohn der vielen Anläufe einzufahren.

Erfolge

In der vergangenen Legislaturperiode hat die SP Uster im Gemeinderat unter anderem folgendes erreicht:

- Die Erarbeitung des Gestaltungsplans Kern Nord und der dazugehörige Architekturwettbewerb wurden ursprünglich durch einen Vorstoss – wenn auch mit etwas differenter Stossrichtung – aus den Reihen der SP-Fraktion ausgelöst.
- Bei allen Vorlagen, welche die Attraktivität der Stadt fördern – wie eben der Kern Nord, das Kulturzentrum Qbus, eine neue Rutschbahn im Hallenbad, ein grösseres Angebot im Bereich der familienergänzenden Betreuung etc. – war die SP/Juso-Fraktion für den – notabene bürgerlichen – Stadtrat die verlässlichste Partnerin.
- Bei der Erarbeitung der Gemeindeordnung konnte die SP/Juso-Fraktion zahlreiche Anliegen wie eine schlankere Behördenstruk-

tur, die Möglichkeit für Konsultativabstimmungen, tiefere Unterschriftenzahlen bei Initiativen und Referenden oder die Verankerung des Grundsatzes der Nachhaltigkeit als Ziel des politischen Handelns der Stadt Uster durchgesetzt.

- Nach dem tödlichen Unfall an der Brunnenstrasse im September 2000 hat die SP/Juso-Fraktion das Thema aufgenommen und mit einem Vorstoss die Verbesserung der Sicherheit für die schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen verlangt. Ob es dazu kommt, ist noch offen: Bürgerliche Hardliner wehren sich zur Zeit noch gegen die Verwirklichung der stadträtlichen Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheit.
- Die Einrichtung einer Koordinationsstelle Umweltschutz bei der Stadt Uster geht auf ein Postulat aus der SP-Fraktion zurück.
- Mit einem weiteren Vorstoss «rettete» die SP/Juso-Fraktion das stadträtliche Energiekonzept, welches zuerst am Widerstand der bürgerlichen Parteien gescheitert war.
- Durch einen Vorstoss aus der SP-Fraktion wurde die Submissionsverordnung so geändert, dass Firmen, die Lehrstellen anbieten, bessere Chancen bei der Arbeitsvergabe haben.
- Dank einem Vorstoss aus den Reihen der SP-Fraktion wurde ein Briefkasten für die Bevölkerung eingerichtet und auch die Informationskästen in den Ustermer Aussenwachen sind zum Teil die Folge einer überparteilichen, von der SP-Fraktion initiierten Interpellation.

Misserfolge

Natürlich soll auch nicht verschwiegen werden, dass die SP/Juso-Fraktion im Gemeinderat auch Niederlagen einstecken musste. Die Privatisierung der Städtischen Werke ist sicher eine dieser schmerzlichen Niederlagen, die Nichteinführung des Stimm- und Wahlrechts für MitbürgerInnen mit ausländischem Pass bei der Revision der Gemeindeordnung eine andere. Auch die zweimalige Ablehnung einer Tempo 30-Zone in Niederuster durch den Gemeinderat war enttäuschend. Ökologische Anliegen hatten es grundsätzlich schwer: So wurde die Bewirtschaftung der Parkplätze am See ebenso abgelehnt wie die Äuffnung eines Stromsparfonds bei der Energie Uster AG.

Politisches Klima

Generell kann bemerkt werden, dass das politische Klima im Gemeinderat, aber auch im Stadtrat, gerade im letzten Jahr für die SP wieder etwas schwieriger geworden ist. Dies mag zum einen mit den nahenden Wahlen zusammenhängen, welche die Parteien dazu verleiten, ihr «politisches Profil» zu stärken. Zum anderen hängt dies aber sicherlich auch mit personellen Wechseln zusammen, verliessen doch in der vergangenen Legislatur auf der bürgerlichen Seite, und dabei namentlich bei der FDP, einige – im besten Sinne des Wortes – liberale PolitikerInnen den Rat und wurden tendenziell eher durch «Hardliner» ersetzt.

Dennoch: Die strategische Position der SP ist nicht derart schlecht. Eine «Koalition der Vernunft» kann sowohl mit der FDP als auch mit der SVP gesucht werden, da letztere bei uns noch bäuerlich geprägt ist und in der Regel keine «blocheristisch»-destruktive Politik verfolgt. Klar ist aber auch: Wenn sich die beiden bürgerlichen Parteien einig sind, dann hat die SP/Juso-Fraktion naturgemäss keine Chance, zumal mit den beiden letzten «grünen» Landesringlern, der Kreis der verlässlichen Verbündeten, relativ klein war. Verstärkung des sozial-ökologischen Lagers ist also dringend nötig!

Personelle Wechsel

Auch während der letzten Legislaturperiode fanden innerhalb der SP-Gemeinderatsfraktion einige personelle Wechsel statt: Verdiente und teilweise altgediente Gemeinderätinnen wie Beatrice Jungholz oder Angela Schmalz traten zurück. Und mit dem krankheitsbedingten Rücktritt von Marlies Hürlimann verlor die Fraktion zur Mitte der Legislatur auch ihre Präsidentin. Mit Rosemarie Gartmann und Ruth Aschwanden fanden sich aber fähige Nachfolgerinnen und mit dem Eintritt der 20jährigen Annalena Moser mutierte die Fraktion sogar zur SP/Juso-Fraktion.

Das Klima in der Fraktion zur Zeit sehr gut ist, zeigt der Umstand, dass sich ausser Annalena Moser – die sich auf ihr Studium konzentrieren will – alle Fraktionsmitglieder zu einer neuerlichen Kandidatur entschlossen haben. Ein bewährtes Team also, welches Ihre Unterstützung verdient, und – hoffentlich mit weiterer personeller Verstärkung – seine Arbeit für diese Stadt mit viel Elan und Enthusiasmus fortsetzen wird. Darauf können Sie sich verlassen!

Politische Strukturen: Wie die Demokratie in Uster gestärkt werden kann

Das Zentrum, aber auch die «Ränder» stärken

Mit der Abstimmung über die neue Gemeindeordnung 2001 und der damit verbundenen Konzentration der politischen Verantwortlichkeit bei Gemeinde- und Stadtrat, haben die UstermerInnen grünes Licht gegeben für die schrittweise Neustrukturierung der Gemeinde. Doch der Prozess muss auch in der kommenden Legislatur fortgesetzt werden: Der nächste Schritt muss die Einheitsgemeinde sein, der übernächste könnte die Stärkung der «Quartierdemokratie» sein.

Von Stefan Feldmann

Uster wächst und wächst, bald werden 30'000 EinwohnerInnen in der Stadt am Greifensee wohnen. Und sie gehört zu den attraktivsten Städten unseres Landes: Bei einer Umfrage des Nachrichtenmagazins «Facts» schaffte Uster problemlos den Sprung in die Top Five. Sich in der Ustermer Politik zu engagieren war bisher allerdings alles andere als attraktiv: Komplizierte Strukturen, geteilte Verantwortlichkeiten, überlastete Behörden, geringe Entschädigungen.

In den letzten beiden Jahren wurde einiges in die Wege geleitet, um dem Problem Abhilfe zu schaffen: Eine neue Gemeindeordnung mit weniger Behörden und klar strukturierten Zuständigkeiten, eine neue Geschäftsordnung für den Gemeinderat mit neuen Sachkommissionen, die Einführung von New Public Management und höhere, angemessenere Behördenentschädigungen. Ich bin überzeugt, dass mit all diesen Reformen, einiges in Gang gesetzt wurde, damit politisches Engagement wieder attraktiver wird. Und wenn sich wieder mehr Leute für die Politik interessieren und sich engagieren, Entscheide breiter abgestützt werden können, so ist dies nur zu begrüssen.

Einheitsgemeinde muss kommen

Doch mit diesen Reformen darf jetzt nicht Schluss sein. Das nächste Ziel muss die Einheitsgemeinde, also die Integration des gesamten Schulbereichs in die politische Gemeinde sein (heute ist nur die Primarschule integriert). Eine solche Integration des Schulbereichs ermöglicht das Zusammenfassen der schulischen Zuständigkeit unter einer einzigen Schulpflege, die Planung von Schulraum, Schulprojekten etc. würde sich künftig über die ganze Schule erstrecken. Durch das Zusammenfassen der Res-



Stefan Feldmann (31) ist Journalist BR und arbeitet als Geschäftsführer der SP-Kantonsratsfraktion. Er ist Präsident der SP/Juso-Gemeinderatsfraktion und gehört seit 1997 dem Gemeinderat an. Er kandidiert auf der SP-Liste erneut für dieses Amt (Listenplatz 1). (Foto: E. Voegeli)

sourcen könnte auch eine effektivere Schulverwaltung aufgebaut werden, was wiederum die heute total überlasteten Schulpflegen entlasten würde.

Die Ustermer Aussenwacht Nänikon gehört aber in Sachen Oberstufe zu Greifensee und bevor eine Einheitsgemeinde Uster entstehen könnte, müsste zuerst diese Schulgemeinde Nänikon-Greifensee aufgelöst werden. Doch dies braucht die Zustimmung der NänikerInnen. Das Verfahren ist darum lang und kompliziert und es besteht die Gefahr, dass am Ende davor zurückgeschreckt wird, den Prozess weiter voranzutreiben.

Doch es gibt eine einfache, und wie ich finde, faire Möglichkeit, um Klarheit zu gewinnen: Warum führen wir in Nänikon nicht eine Konsultativabstimmung durch und die NänikerInnen können sich entscheiden, ob sie ganz zu Uster oder ganz zu Greifensee gehören wollen? Alle Beteiligten wären danach verpflichtet, eine Lösung im Sinne des Ergebnisses zu erarbeiten. Ich würde es natürlich begrüssen, wenn die NänikerInnen sich für den Verbleib bei Uster aus-

sprechen würden. Wenn sie aber lieber zu Greifensee wechseln wollen: Warum sollen wir sie gegen ihren Willen zwingen, weiterhin zu Uster zu gehören?

Stärkung der Quartiere

Doch ist der Prozess mit dem Erreichen der Einheitsgemeinde beendet? Für mich stellt sich die Frage: Sollten nach dem «Zentrum» nicht auch die «Ränder» gestärkt werden: die Quartiere? Diese erfüllen eine wichtige Funktion: Sie sind die Lebenswelt, in der wir uns täglich bewegen. Im Zürcher Verfassungsrat wird zur Zeit darüber nachgedacht, ob es nicht sinnvoll wäre, Entscheide, die nur ein Quartier betreffen, von der städtischen Ebene dorthin zu delegieren. So könnten die Quartiere selber über die Gestaltung ihres Dorfplatzes bestimmen, könnten ein zusätzliches Sportgerät für den Schulhausplatz anschaffen etc. Wie genau eine solche «Quartierdemokratie» aussehen könnte, ist auch den VerfassungsrätInnen noch nicht ganz klar. Klar aber ist, dass es sich lohnt, über eine solche Stärkung der Quartiere nachzudenken.

Städtebau: Ruf als attraktive Agglomerationsgemeinde erhalten und pflegen

Den Zwischenräumen Sorge tragen



Barbara Thalmann (35) ist freischaffende Architektin, Mutter von vier Kindern und seit 1998 Mitglied des Gemeinderates. Sie kandidiert auf der SP-Liste erneut für dieses Amt (Listenplatz 2). (Foto: E. Voegeli)

Ein grosser Teil der Lebensqualität misst sich an der gebauten Umgebung. Hochstehende Bauten beeinflussen die Menschen, die sich darin aufhalten, geben ihnen das Gefühl des Besonderen und strahlen auf die Umgebung aus. Die Auszeichnung mit dem Wakkerpreis unterstreicht dies deutlich, die Aufbruchstimmung, das Gefühl, in einer zukunftsgerichteten Stadt mit hoher baulicher Qualität zu leben, ist mit Händen zu fassen. Und deshalb muss diese Auszeichnung für Uster Verpflichtung und Ansporn sein, sich nicht auf den Lorbeeren auszuruhen, sondern den Ruf als attraktive Agglomerationsgemeinde zu wahren und weiter zu pflegen.

Von Barbara Thalmann

Erste weitere Schritte wurden schon eingeleitet. Die Volksabstimmung «Kern Uster» zeigte, dass das «städtische Element» in den Köpfen Fuss gefasst hat und auch eine dichte Bebauung mit hohen Gebäuden auf Akzeptanz stösst. Ich hoffe, dass dieses Projekt trotz allen Schwierigkeiten in Bälde umgesetzt werden kann und in der Stadtmitte nötige Akzente setzt. Doch weitere, grosse Bauvorhaben, die städtebauliche Akzente setzen können, sind in Planung: das Bildungszentrum Hohfuren mit seiner Kantonschule, verschiedene neue Schulhäuser, Kulturangebote, welche in

passenden und standortgerechten Gebäuden Platz finden müssen, die Stadthäuserweiterung, die Sportstätten. Erinnert werden soll an dieser Stelle auch, dass mehrere jüngst entstandene wichtige Vorzeigeobjekte der Stadt Uster aus Architekturwettbewerben hervorgegangen sind. Dieser Weg, der eine architektonisch hochwertige Stadtentwicklung garantiert, muss deshalb auch künftig weiterbeschritten werden. Namentlich bei dem riesigen Investitionsvolumen, welches bei den Schulhäusern auf uns zukommt, gilt es, in richtiger Vorgehensweise Gestalt, Funktion und Kosten aufeinander abzustimmen. Ich plädiere für sorgfältig überlegte neue Schulhausbauten, die den Geist der Zeit einfangen mögen. Kosten und Funktionalität haben darunter nicht zu leiden.

Erneuern, ohne gesichtslos zu werden

Doch die Stadt besteht längst nicht nur aus öffentlichen Bauten. Grosse Teile des Stadtgebietes umfassen Wohnquartiere, die im Laufe des 20. Jahrhunderts vorerst im Zeichen der Gartencity, später von der «göhnerschens» Idee des Wohnens im Grünen geprägt, entstanden sind. Die Qualität dieser Gebiete liegt nicht nur im Gebauten selber, sondern ebenso in den Zwischenräumen, die sich in Form von Gärten, grosszügigen Grünflächen oder siedlungsinternen Wegnetzen präsentieren. Wir werden uns künftig vermehrt damit befassen müssen, wie

wir diese für Uster typische Qualität trotz hohem Verdichtungsdruck beibehalten können. Hier wird immer wieder ein differenziertes Abwägen zwischen Erhalten und Erneuern von Nöten sein. Usters Gesicht soll sich erneuern können ohne unkenntlich zu werden. Der erhaltende oder recycelbare Aspekt der Stadtentwicklung hat nicht nur ökologische Gründe, sondern soll auch Form des Erinnerens sein, welches uns in unserer beschleunigten Welt manchmal abhanden zu kommen scheint.

Wichtige Zwischenräume

Dass Bauten saniert, erneuert und gepflegt werden müssen ist uns bewusst, entsprechend müssen wir den Zwischenräumen Sorge tragen und sie entsprechend behandeln. Diese gliedern sich seit alters her nach öffentlich, halbprivaten und privaten Bereichen. In den beiden ersteren entsteht Stadt und Gemeinschaft, im letzteren hat das Individuum seinen freien Raum. Dies soll auch in Zukunft so bleiben, allerdings muss das Bewusstsein geschärft werden, dass all diese Räume, sei es der Privatgarten, sei es die befahrene Strasse, sei es der Schulhausplatz oder die Einkaufsmall, Teil einer menschlich gestalteten Welt sind. In Uster ist das eine urbane Welt, in welcher viele Leute zirkulieren, leben, arbeiten oder sich erholen. Unsere Hauptverkehrsadern müssen in diesem Sinn neu definiert und verbessert werden. Insbesondere gilt es Quartiere und Quartierstrassen zu beleben zum Beispiel durch Verkehrsberuhigungen oder Begrünungen.



Stefan Feldmann (31, Oberuster, bisher; Journalist BR, Fraktionspräsident der SP im Gemeinderat)

Als einer, der hier aufgewachsen und nicht aufs Maul gefallen ist, kennt er Uster in- und auswendig. Vor zwei Jahren wurde er zum Präsidenten des Gemeinderats gewählt und hat das Parlament mit Bravour geführt. Er weiss, dass die Gemeindedemokratie und das Miliz-System nur funktionieren können, wenn sie gut organisiert, anständig entschädigt und von einer professionellen Verwaltung unterstützt werden. Dann aber macht Politik im überschaubaren Raum der Gemeinde grosse Freude!
www.stefanfeldmann.ch



Barbara Thalmann (35, Kirchuster, bisher; Architektin, Mitglied der Raumplanungskommission, vier Kinder, Familienfrau)

Die Stadtentwicklung ist beruflich und politisch ihr Schwerpunkt. Sie ist fasziniert von der hohen Qualität vieler neuer Bauten in Uster und der Spannung zwischen Alt und Neu. Aber noch mehr als die Architektur und das Innere der Häuser interessiert sie das, was dazwischen ist: Gärten, Verkehrswege, öffentliche Anlagen. An der Qualität dieser «Zwischenräume» entscheidet sich, ob wir uns wohl und sicher fühlen, ob Menschen sich begegnen oder zusammenstossen, ob Gemeinschaft entsteht.



Dagmar Anderes (30, Nossikon, bisher; PR-Redaktorin Zellweger-Luwa, Vorstandsmitglied Wirtschaftsforum, Mitglied Uster plus)

Sie ist für die interne und externe Kommunikation im grössten Ustermer Industriebetrieb tätig, ist Vorstandsmitglied des Wirtschaftsforums und kennt die Anliegen der lokalen Unternehmen. Als Gemeinderätin hat sie schon manchen Anstoss gegeben für Nachhaltigkeit in der Energie- und Umweltpolitik. Sie setzt sich dafür ein, dass immer mehr Firmen in Uster Arbeitsplätze schaffen, für die Ökologie und Ökonomie keine Gegensätze, sondern ein Erfolgsfaktor sind.



Peter Mathis-Jäggi (48, Oberuster, bisher; Lokführer, Gewerkschafter)

Als Lokführer im Personenverkehr und Gewerkschafter ist er ein Praktiker und Fachmann, der die Verkehrspolitik aus mehr als einer Optik kennt. Natürlich ist er für den Ausbau und die ständige Optimierung des Öffentlichen Verkehrs in Uster und freut sich, dass seine Passagiere jetzt bald zu jedem Zug einen Bus-Anschluss haben. Aber genau so wichtig ist ihm die Verkehrssicherheit für die schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen, zum Beispiel mit Tempo 30 in den Quartieren.



Christian Wüthrich (48, Oberuster, bisher; Krankenpfleger AKP, zweiter Vizepräsident des Gemeinderats)

Den Neubau des Krankenhauses Dietersrain hat er als Mitglied der Baukommission mitgeprägt. Seine Ziele lauten hier wie allgemein in der Alters- und Gesundheitspolitik: Ein gutes Wohn-Umfeld schaffen, das eine möglichst grosse Autonomie für Alte und Kranke ermöglicht – und nicht alles auf die Arbeit von Freiwilligen, Angehörigen und Nachbarn abschieben. Deshalb ist er gegen Sparen am falschen Ort und setzt sich ein für eine hohe Professionalität, die von Freiwilligenarbeit ergänzt wird.



Rosmarie Gartmann (50, Niederuster, bisher; Familienfrau, drei Kinder, Mitglied der Primarschulpflege)

Die Arbeit in der Schulpflege hat sie sensibel gemacht für die mannigfachen Beziehungen zwischen Schule und Politik. Damit es mit Blockzeiten und anderen Schulreformen endlich vorwärts geht, braucht es unter anderem Verständnis und Geld vom Gemeinderat! Auch wenn es für ihre Kinder zu spät sein wird, wünscht sie Uster dringend, dass die Mittelschule kommt. Denn Investitionen in die Bildung und andere öffentliche Dienste lohnen sich und sind ein entscheidender Standortfaktor.



Reto Dettli (37, Oberuster, Dipl. Ing. ETH, Partner eines Beratungsunternehmens, zwei Kinder, mitverantwortlich für die Familienarbeit)

Vor anderthalb Jahren ist er von Zürich nach Uster gezogen. Er schätzt die hohe Wohnqualität und möchte die guten Angebote der familienergänzenden Betreuung noch verbessern. Der Elan, mit dem Uster neue Projekte und Entwicklungen anreist – etwa in der Hofhuren, wo das Bildungszentrum und neue Wohnbauten entstehen werden – macht ihm Eindruck. Er wünscht sich die gleiche Dynamik auch für kulturelle Projekte und beim Schaffen neuer Arbeitsplätze – warum nicht ein Gründerzentrum für Uster?



Patricia Bernet (30, Niederuster, Biologin, Geschäftsführerin der Greifensee-Stiftung, Inhaberin eines Büros für Natur- und Umweltprojekte)

Die Liebe zur Landschaft des Zürcher Oberlands wurde zu ihrem Beruf: Sie hilft mit, die Schutzverordnung für den Greifensee und seine Ufergebiete umzusetzen; als Kursleiterin und auf vielen Exkursionen gibt sie ihr grosses Wissen weiter; sie kontrolliert Oekoflächen und nimmt Inventare auf. Sie weiss, dass unsere Kulturlandschaft stark von den Menschen geprägt ist, und dass Natur ständige Veränderung bedeutet. Deshalb will sie im Gemeinderat mitreden und Veränderungen mitgestalten.



Marc Meyer (39, Kirchuster, Architekt/Dozent, Präsident Trägerverein Freizeit- und Jugendhaus Uster)

Er liebt das Zürcher Oberland und will sich dafür einsetzen, dass es seine Stärken erkennt und pflegt. Als Architekt ist er gewohnt, Neues zu gestalten, indem er es bewusst aus der Geschichte heraus entwickelt – zum Beispiel beim Umbau des Altersheims Rosengarten. Als Präsident des Ustermer Freizeit und Jugendhauses (Frjz) hält er es ebenso. Dessen Neustart als Ort der Begegnung und der Experimente hat er entscheidend mitgeprägt.



Rolf Graf (47, Niederuster, bisher; eidg.dipl. Buchhalter, Vizepräsident der Rechnungsprüfungskommission)

Er ist Buchhalter, aber er hat nicht nur Zahlen und Sparen im Kopf. Sein Ziel ist es, die knappen öffentlichen Mittel optimal und sozial einzusetzen. Darum schaut er der Verwaltung genau auf die Finger, damit sie das Beste aus unseren Steuergeldern herausholt. Als Mit-Initiant des Vereins Refugium hat er ein erfolgreiches Projekt für Randständige in Uster eingerichtet. Sein Devise hier wie bei den Steuern: Jeder leistet für die Gesellschaft das, was ihm möglich ist.



Anna-Pitschna Parli
(43, Oberuster),
Sozialarbeiterin



Walter Brügel
(47, Oberuster),
lic. phil. I, Ausbilder FA



Martin Zwysig
(39, Oberuster),
Familienmann



Maya Nussbaum
(37, Wermatswil),
Familienfrau, Physio-
therapeutin, Kathetetin



Erika Kummer
(57, Nänikon),
Stipendienberaterin



Karin Dieziger
(32, Oberuster),
Sozialarbeiterin



Peter Altorfer
(46, Kirchuster),
Rentner und Hausmann



Regula Trüeb
(42, Nänikon),
Berufsschullehrerin und
Familienfrau



Ruth Aschwanden (44, Oberuster, bisher; Sachbearbeiterin im Tagungszentrum Boldern, Mitglied der Rechnungsprüfungskommission).

Persönlich und im Beruf setzt sie sich intensiv mit anderen Kulturen und anderen Menschen auseinander. Auf Boldern ist sie unter anderem mitverantwortlich für Tagungen zur persönlichen Lebensgestaltung. Da erlebt sie, wie wichtig die persönliche Begegnung und das Gespräch für das Zusammenleben verschiedener Ethnien und Lebenswelten sind. In der Gemeindepolitik will sie das selbe erreichen mit dem Einsatz für eine lebendige, offene Stadt und eine aktive Kulturpolitik.



Christina Zbinden
(45, Kirchuster),
Berufs- und
Studienberaterin



Oli Sennhauser
(30, Gschwader),
Database System Engineer



Maja Tschanz
(37, Kirchuster),
Kursleiterin, Familienfrau



Silvana Sperduto
(29, Kirchuster),
Studentin, Mitglied der
Oberstufenschulpflege



Bruno Schwarz
(53, Kirchuster),
Schulleiter, Mitglied
der Fürsorgebehörde



Margrit Enderlin
(65, Kirchuster),
pens. Musikredaktorin



Walter Strucken
(59, Wermatswil),
Sozialarbeiter



Regula Brändli
(44, Kirchuster),
Logopädin, Familienfrau



Lennie Overdulve (51, Wermatswil, Heilpädagogin, zwei erwachsene Söhne, Mitglied der Heimkommission Dieterrain)

Als Zuwanderin aus Holland und Lehrerin für Kinder mit einer geistigen Behinderung hat sie ein feines Gespür dafür, wie unsere Gesellschaft mit Minderheiten und Randgruppen, mit Auffälligen und Behinderten umgeht. Ihr Fazit: Nichts ist «normal», und im Grunde genommen hat jeder Mensch irgendeine Behinderung! Entscheidend ist, wie ich und die Umwelt damit umgehen. Mit dieser Einstellung will sie Politik machen und im Gemeinderat vernetztes Denken praktizieren.



Hans Conrad Daeniker
(51, Nossikon),
lic.phil. I, selbstständiger
Berater



Peter Macher
(49, Riedikon),
Informatiker



Kristin Carbone
(34, Oberuster),
Krankenschwester,
Familienfrau



Paul Schär
(59, Niederuster),
Dokumentalist



Andreas Kisch
(55, Nänikon),
lic. phil. I, Personal-
ausbilder, ehemaliger
Oberstufenschulpfleger



Letizia Fiorenza
(45, Oberuster),
Sängerin,
Atemtherapeutin



Christoph Strucken
(26, Oberuster),
e-Banking-Supporter,
Sekundarlehrer



Fredi Gut
(48, Oberuster),
Desktop Publisher &
Webdesigner

Nachhaltigkeit: Damit Uster auch in 100 Jahren noch attraktiv ist

Alles andere als eine Worthölse



Dagmar Anderes (30) arbeitet als PR-Redaktorin bei einem grossen Ustermer Unternehmen und gehört seit 1998 dem Gemeinderat an. Sie kandidiert auf der SP-Liste erneut für dieses Amt (Listenplatz 3). (Foto: E. Voegeli)

Es ist eine alte Weisheit, dass eine Generation nicht auf Kosten der nachkommenden Generationen leben soll. Oft wird dieser Weisheit heutzutage aber zu wenig Nachachtung verschafft, ist der kurzfristige Profit wichtiger, als die längerfristige Entwicklung, vor allem auch in der Wirtschaft. Mit der neuen Gemeindeordnung hat sich die Stadt Uster zur Nachhaltigkeit verpflichtet. Doch was heisst dies konkret? Wo können wir ansetzen?

Von Dagmar Anderes

Bei den letzten Gemeinderatswahlen trat ich mit dem Ziel an, mich vor allem für den Umweltschutz einzusetzen. Teils wurde der Einsatz belohnt (so gibt es in Uster heute eine Koordinationsstelle für den Umweltschutz), teils auch nicht (ein Postulat für einen Stromsparfonds bei der Energie AG Uster wurde abgelehnt). Den jüngsten Erfolg konnte die SP/Juso-Fraktion bei der

Verabschiedung zur neuen Gemeindeordnung verzeichnen: Künftig muss die Stadt Uster ihre finanziellen Mittel nicht nur wirtschaftlich sondern auch nachhaltig einsetzen. Und das ist es, wofür ich mich als Gemeinderätin in der nächsten Amtszeit stark machen möchte: Für die Nachhaltigkeit.

Ja, ich weiss, der Begriff ist abgedroschen. Doch «Nachhaltigkeit» ist alles andere als eine Worthölse, die Definition im «Brundtland-Bericht» von 1987 ist eindeutig: «Unter nachhaltiger Entwicklung ist eine Entwicklung gemeint, welche weltweit die heutigen Bedürfnisse zu decken vermag, ohne für künftige Generationen die Möglichkeit zu schmälern, ihre eigenen Bedürfnisse zu decken».

Eine Gemeinde gilt somit als nachhaltig, wenn sie über eine sozial- und umweltverträgliche Infrastruktur verfügt, wenn sie die baulichen und ästhetischen Qualitäten erhält und weiterentwickelt, kurz: wenn sie ihren BewohnerInnen und vor allem auch deren Nachkommen

einen gesunden, sicheren und attraktiven Lebensraum schafft. Genau das wünsche ich mir für Uster!

Handeln, wie festgeschrieben

Die Nachhaltigkeit ist jetzt also in der Gemeindeordnung verankert, doch damit ist es nicht getan. Im Gegenteil, nun gilt es dafür zu sorgen, dass der Nachhaltigkeit auch Nachachtung verschafft wird und zwar in allen Bereichen, wo die Gemeinde Handlungsmöglichkeiten hat. Im Bereich Umwelt beispielsweise sind es die Stadt- und Landschaftsplanung, das Energiekonzept oder ein Konzept zur Förderung der einheimischen Pflanzenvielfalt; im Bereich Wirtschaft sind es die Wirtschaftsförderung (Stadtmarketing) oder die Mobilität (Parkplatzbewirtschaftung); im Bereich Gesellschaft das aktive Fördern einer Quartierkultur, Betreuungsangebote für Kinder oder lokale Freizeitangebote. Als Gemeinderätin kann ich auf verschiedenen Ebenen versuchen, eine nachhaltige Entwicklung zu forcieren. Doch dies alleine reicht nicht, daneben scheint es mir zentral, auch ausserhalb des Rates zu «politisieren». Die Behördentätigkeit ist dabei hilfreich, da ich durch sie ein grosses Kontaktnetz knüpfen konnte. Dieses will ich nutzen.

Wirtschaft mit Schlüsselrolle

Erst wer die Bedeutung des Gleichgewichtes zwischen der zivilisatorischen Entwicklung (Gesellschaft, Wirtschaft) einerseits und der Regenerationsfähigkeit der beanspruchten Ressourcen (Umwelt) andererseits versteht, wird nachhaltig handeln. Einer Schlüsselrolle kommt dabei sicher den Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft zu. Hier gilt es die Einsicht zu fördern, dass Ökologie und Ökonomie keine Gegensätze sind, dass Nachhaltigkeit auch ein Innovationsmotor für bessere Produkte und Leistungen sein kann und sich damit neue Marktchancen eröffnen.

In Uster, so meine bisherigen Erfahrungen, ist nachhaltiges Denken für verschiedene UnternehmerInnen nicht neu oder sie sind zumindest offen dafür. Gemeinsame Projekte sind durchaus möglich: Ich denke dabei etwa an den Energietag, der anlässlich der Übergabe des Energie-labels stattfand. Für die Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft möchte ich mich weiterhin einsetzen. Nur wenn beide am gleichen Strick ziehen, hat die Nachhaltigkeit eine Chance.

Finanzpolitik: Bürgerliche Finanzpolitik setzt falsche Akzente

Keine Luft für Steuerfuss-Experimente

Zu Beginn meiner politischen Laufbahn wurde mir eingeschärft: Die Budgetdebatte, das sei die wichtigste Gemeinderatssitzung des Jahres, da könne und müsse man Einfluss nehmen. Allerdings habe ich dann die ersten Budgetdebatten ganz anders erlebt: Mit einem Steuerfuss auf der Höhe des kantonalen Mittels hatte die Stadt Uster keinen finanziellen Spielraum, die Beratung des Voranschlags war somit auch nicht besonders spannend. Mit dem Sinken des kantonalen Mittels hat sich die Finanzpolitik in Uster grundlegend verändert. Ob zum Guten, bleibt eine ganz andere Frage.

Von Rolf Graf



Rolf Graf
(47, Niederuster)
ist eidg. dipl. Buchhalter
und seit 1998 Mitglied
des Gemeinderates. Er
kandidiert auf der SP-
Liste erneut für dieses
Amt (Listenplatz 4).
(Foto: E. Voegeli)

Mit dem Sinken des kantonalen Mittels in den vergangenen beiden Jahren sahen die bürgerlichen Parteien nun plötzlich den notwendigen Spielraum, um ihren Steuerfuss-Senkungs-Gelüsten nachzugeben. Dies obwohl wir nach wie vor keine (finanzielle) Luft für irgendwelche Steuerfuss-Experimente haben: Die Stadt Uster wird in den nächsten vier, fünf Jahren einen enormen Investitionsbedarf haben. Dass bei einer solchen Ausgangslage sehr haushälterisch mit dem Gesparten umgegangen werden muss, ist uns allen in unserem privaten Haushalt sonnenklar. Doch was für den eigenen Haushalt gilt, gilt bei den Bürgerlichen im Gemeinderat offenbar nicht mehr.

FDP spart bei den Kindern...

Bereits die Debatte um das Budget 2001 empfand ich als sehr unsachlich, obwohl es dabei nur um ein Steuerfussprozent (also rund eine halbe Million Franken) ging. Doch dort lag ja der Hase im Pfeffer, denn eine Steuerfuss-Senkung um ein Prozent bemerkt kaum jemand: Bei einem steuerbaren Einkommen von 70'000 Franken beträgt die Reduktion gerademal 35 Franken. Die Stadt Uster merkt die Mindereinnahmen sehr wohl und deshalb hat die FDP-Fraktion dann auch konsequenterweise versucht, einen Kredit für die Rutschbahnerneuerung im Hallenbad um 200 000 Franken zu kürzen. Sparen also auf dem Buckel der Kinder. Zum Glück für diese, ist es nur beim Versuch geblieben.

Doch diese Budgetdabette war für die bürgerlichen Gemeinderatsmitglieder nur das «Warmlaufen» für die Budgetdebatte im letzten Dezember. Die beiden Budgets der politischen und der Oberstufenschulgemeinde schreiben rote Zahlen, doch nicht etwa wegen unerwarteten Mehraufwendungen, die auf die Stadt zukommen, sondern weil eine Steuerfussreduktion von 4 Prozent beantragt wurde. Und dies obwohl alle risikobehafteten Positionen (Steuerkraftausgleich, Steuern Vorjahre)

optimistisch eingesetzt wurden und die zusätzlichen Abschreibungen ebenfalls bis auf ein ungesundes Mass reduziert wurden. Rote Zahlen, das war natürlich auch den bürgerlichen Gemeinderatsmitgliedern nicht ganz geheuer, und so ging das grosse «Alibigespare» los.

... die SVP beim Stadtpark, die EVP bei den Bleistiften

So strichen die Bürgerlichen auf Antrag der SVP den Projektierungskredit von 200'000 Franken für den Stadtpark aus der Investitionsrechnung. Offenbar ist ihnen ein attraktives Zentrum – und dazu gehört der Stadtpark, der den Kern mit der Hohfuren verbindet – nicht wichtig. Die EVP auf der anderen Seite versuchte in allen Abteilungen – ausser bei der, welcher ein EVP-Stadtrat vorsteht – beim Büromaterial, also den Bleistiften und Blöcken, zu sparen.

Über Leistungen diskutieren

Gut zu wissen, dass in der nächsten Legislatur NPM und Globalbudgets in allen Abteilungen der Stadtverwaltung eingeführt werden. Ich habe in der Arbeitsgruppe für das NPM-Pilotprojekt Stadtpolizei mitgearbeitet. Dort wurde in der Vorberatung nicht über die Anzahl der benötigten Bleistifte diskutiert, sondern über Qualität und Quantität der Dienstleistung, darüber, wie gross der Aussendienstanteil sein soll, darüber, ob der Quartierdienst ausgebaut werden soll oder nicht. Und hat man sich mal über den Umfang einer Leistung geeinigt, so muss man im Anschluss auch bereit sein, dass dafür benötigte Personal und die finanziellen Mittel bereit zu stellen. Durch die Einführung von NPM erhoffe ich mir eine Versachlichung der finanzpolitischen Diskussion, denn dank der Globalbudget muss eine Budgetdebatte nicht über den Steuerfuss oder die Anzahl der Bleistifte sondern über die Leistungen, die wir von der Stadtverwaltung erwarten, aufgeleitet werden.

Verkehrspolitik: Weniger wäre für einmal wirklich mehr

Den Verkehr grundsätzlich verlangsamen

Es ist eine Tatsache, dass der Verkehr da ist und jeder und jede daran teilnimmt. Die Mobilität ist in unserer Gesellschaft wichtig und wir alle sind auf Transporte angewiesen. Allerdings gilt es zu klären, was nötig ist und was nicht. Es gilt zu klären, wie die AnwohnerInnen ihr Recht auf Ruhe geltend machen können. Und es gilt zu klären, wie die VelofahrerInnen und FussgängerInnen genügend geschützt werden können. «Freie Fahrt für freie Bürger» ist dazu kein taugliches Mittel, die grundsätzliche Verlangsamung des Verkehrs aber sehr wohl.

Von Peter Mathis

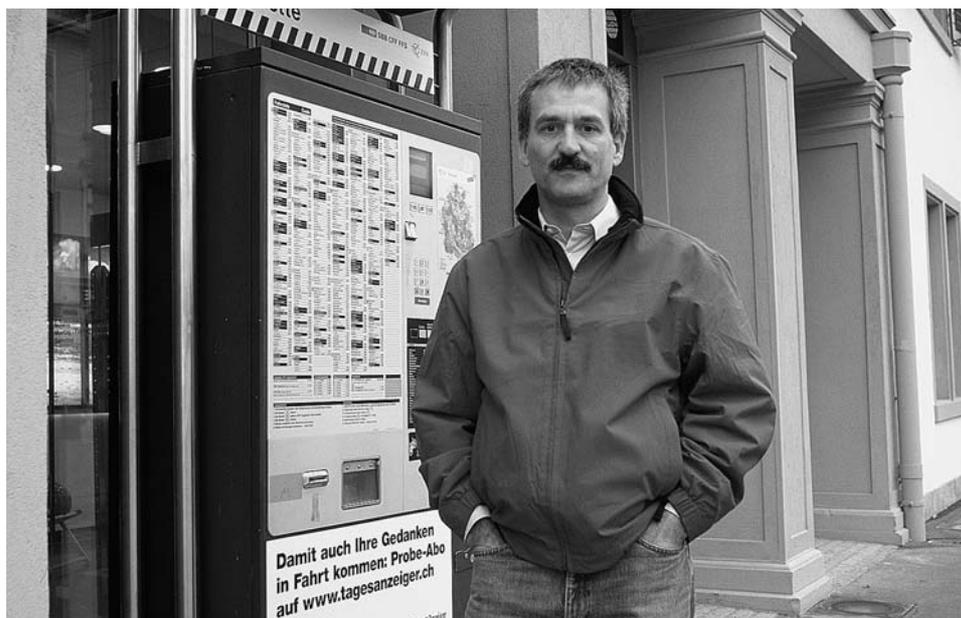
Würden Sie einen Politiker wählen, der folgende Aussagen macht: «Sie dürfen mit 50 km/h durchs Wohnquartier brausen. Fussgänger sollen einfach besser aufpassen. Kinder müssen lernen, mit dem Verkehr umzugehen. Die schikanösen Verkehrskontrollen sind einzuschränken»? Mit Sicherheit nicht und so direkt sagt es ja auch niemand. Die Sprache besagter Politiker ist viel subtiler: Sie reden von der persönlichen Freiheit, die nicht eingeschränkt werde dürfe. Und klar seien auch sie für Fussgängerschutz, aber man müsse halt das Wünschbare vom Machbaren trennen. Und für die Kinder mache man ja Verkehrserziehung. Und mit Umfahrungsstrassen bringe man den Verkehr aus den Zentren heraus. Und mit mehr Fahrspuren verflüssige man den Verkehr.

Doch löst man so die Probleme? Sicher nicht: Die Erfahrungen die man in den letzten zwanzig Jahren in der Verkehrspolitik gesammelt hat, zeigen klar: Mehr Strassenkapazität führt zu mehr Strassenverkehr, die Behebung eines Engpasses führt zu einer Verlagerung desselben an einen anderen Ort.

Einiges ist erreicht

Die Verkehrspolitik der SP hat sich deshalb in den letzten zwanzig Jahren auf die Reduktion des privaten und auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrs konzentriert. Die Resultate können sich sehen lassen:

- Buslinien wurden entscheidend verbessert und ausgebaut. Die S-Bahn brachte attraktive Verbindungen.
- Tempo 30 und Blaue Zonen verbessern punktuell die Wohnqualität in den Quartieren.



Peter Mathis-Jäggi (48, Oberuster) ist Lokomotivführer, aktiver Gewerkschafter und gehört seit 1998 dem Gemeinderat an. Er kandidiert auf der SP-Liste erneut für dieses Amt (Listenplatz 5). (Foto: E. Voegli)

- Für Velos gibt es ein verbessertes Angebot an Abstellplätzen bei den Bahnhöfen. Velospuren nehmen langsam aber stetig zu.
- Der Anteil der PendlerInnen, die den öffentlichen Verkehr benutzen, geniesst internationale Aufmerksamkeit und Anerkennung.

Vieles steht aber auch noch aus:

- Strassenbauvorhaben, wie der Ausbau der Oberlandautobahn, gefährden die Errungenschaften. Wenn sie schon nicht zu verhindern sind, braucht es zwingend wirksame flankierende Massnahmen.
- Auf mittel bis stark belasteten Strassen ist die Belästigung der Bevölkerung durch den motorisierten Verkehr untragbar.
- Durch Schulhauszuteilungen im Zusammenhang mit Sparmassnahmen im Erziehungsbereich sind SchülerInnen vermehrt gezwungen, vielbefahrene Strassen zu benutzen. Sie brauchen eine erhöhte Sicherheit.

Andere machen es vor

Da sind kreative Lösungen gefragt. Eine kann darin liegen, den Verkehr grundsätzlich zu verlangsamen. Viele Untersuchungen zeigen die Wirksamkeit von tiefen Geschwindigkeiten: Die

Sicherheit steigt, es gibt weniger Unfälle, und wenn doch, dann mit weniger starke Verletzungen. Eine Verlangsamung führt zudem zu einer Verflüssigung des Verkehrs und ermöglicht im Endeffekt sogar ein schnelleres Fortkommen. Dass dieses Konzept mit flächendeckenden Tempo 30-Zonen in Wohnquartieren hervorragend funktioniert, hat zum Beispiel Deutschland vorgemacht.

Besonders wichtig ist auch der Schutz der schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen: Rigorose Einbahnsysteme könnten den Verkehr kanalisieren und Fahrspuren freigemacht werden für abgetrennte Velostreifen und breitere Trottoirs. Dass dieses Konzept der Bevorzugung von VelofahrerInnen und FussgängerInnen funktioniert, hat zum Beispiel Holland vorgemacht.

Es gibt genügend Beispiele, was so alles machbar ist. Wir müssen es nur umsetzen, umsetzen wollen. In die Verkehrspolitik soll wieder Bewegung kommen. In diesem Rahmen arbeitet die SP nach wie vor auch auf das grundsätzliche Ziel hin, den Verkehr künftig überwiegend mit umweltfreundlichen Verkehrsmitteln abzuwickeln. Denn für einmal wäre weniger wirklich mehr: Weniger Autoverkehr, dafür ein Mehr an Wohnqualität, ein Mehr an Sicherheit und ein Mehr an besserer Luft.

Alterspolitik: Auf die Bedürfnisse der alten Menschen wird auch heute noch zu wenig eingegangen

Im hohen Alter ins «Massenlager»?



Christian Wüthrich (48, Oberuster) ist ausgebildeter Krankenpfleger AKP, gehört seit 1998 dem Gemeinderat an und ist zur Zeit dessen zweiter Vizepräsident. Er kandidiert auf der SP-Liste erneut für dieses Amt (Listenplatz 6). (Foto: E. Voegeli)

Niemand wird gerne alt, weshalb der persönliche Alterungsprozess von vielen Menschen lange verdrängt wird. Und dies schlägt sich oft auch in der Politik nieder: Für die Pflege und die Betreuung von alten Menschen wird nur gerade das Nötigste gemacht, dies zu Lasten des Bedürfnisses von alten Menschen auf Privatsphäre. Eine Änderung der städtischen Alterspolitik ist nötig. Ob es dazu kommt, wird das neue Altersleitbild der Stadt Uster zeigen.

Von Christian Wüthrich

Um mein Anliegen im folgenden zu erläutern, muss ich Ihnen leider zuerst ein paar nackte Zahlen unter die Nase reiben: Nach Inbetriebnahme des Ersatzbaus Dietenrain und Eröffnung der Pflegewohngruppe im Altersheim Kreuz stellt die Stadt Uster 214 Bettenplätze für pflegebedürftige Menschen zur Verfügung (nicht mit einbezogen sind die Wohneinheiten des Altersheims und Wohnheims Im Grund sowie Angebote von privaten Institutionen). Die 214

Pflegeplätze verteilen sich wie folgt: 52 Plätze in Einbett-Zimmern, 114 Plätze in Zweibett-Zimmer, 48 Plätze in Vierbett-Zimmern.

Aus diesen Zahlen können Sie ersehen, wie gross Ihre Chance im Alter sein wird, ein Pflegeumfeld zu finden, das Ihrem Bedürfnis nach Privatsphäre gerecht wird. Während in anderen Gemeinden, in anderen Kantonen schon lange keine Mehrbettzimmer mehr gebaut werden, werden wir auf Grund von Sparbemühungen im Dietenrain-Ersatzbau nur gerade 16 Einbett- und 14 Zweibett-Zimmer in Betrieb nehmen können. Es konnte also nur das Allernotwendigste verwirklicht werden. Und dies nicht immer behindertengerecht! Und eine Verbesserung der Situation ist vorläufig nicht in Sicht: Neue Investitionen in den Heimen soll es erst nach dem Jahr 2006 wieder geben!

Zweiklassensystem droht

Im Gemeinderat habe ich bei diversen Gelegenheiten darauf hingewiesen, dass im Bereich der Pflege ein Zweiklassensystem droht: Während begüterte Menschen, die ihre Pflege selber zah-

len können, sich ein Platz in einer Privatesidenz oder zumindest ein Einbett-Zimmer in einem städtischen Heim leisten können, müssen Menschen mit weniger finanziellem Polster mit einem Bett in einem Vierbett-Zimmer vorlieb nehmen. Nüchtern muss ich aber zur Kenntnis nehmen, dass solche Warnungen in den Wind geschlagen werden, Steuersenkungen sind den bürgerlichen Ratsmitgliedern eben wichtiger, als ein zeitgemässes Pflegeangebot. Vermutlich gehen sie davon aus, dass sie sich persönlich dank der gesparten Steuerfranken, dann schon ein Einzelzimmer in einer Privatesidenz leisten können...

Wir können uns ein Sparen im stationären und ambulanten Pflege- und Betreuungsbereich schlicht nicht leisten, da der grösste Teil unserer Gesellschaft im Alter der Pflege und Betreuung bedürfen werden. Ein solidarisches Verhalten ist deshalb dringend nötig, in die Heime muss weiter investiert werden, der Um- und Ausbau der Spitex-Dienste muss weitergeführt werden. Nötig ist auch, dass die Heimleitungen Im Grund und Dietenrain in der Kaderkonferenz der Stadtverwaltung vertreten sind. Schliesslich sind die beiden Heime die grössten «Einzelbetriebe» der Stadt.

24-Stunden-Spitex

Mit Interesse sehe ich der Veröffentlichung des Alters-Leitbildes des Stadtrates entgegen. Die SP Uster hat sich an der Vernehmlassung beteiligt und zahlreiche Forderungen eingebracht. Dazu gehören ein 24-Stunden-Spitex-Betrieb, Heime mit mehr Einbett-Zimmern, die Erhöhung der Pflegeplätze in verschiedenen Wohngruppen an verschiedenen Orten in Uster. Nur so können wir den individueller werdenden Bedürfnissen unserer Gesellschaft auch im Alter gerecht werden. Für eine professionelle Pflege und Betreuung ist aber auch gut geschultes Personal nötig, dazu eine Personal- und Lohnpolitik, die dem Fachwissen, den sozialen und persönlichen Fähigkeiten der MitarbeiterInnen entspricht.

Ob sich dies alles realisieren lässt? Die bisherige Politik des Stadtrates lässt mich manchmal zweifeln. Die bisherige Politik scheint mir typisch zu sein, für unseren Umgang mit dem Alterungsprozess. Wir sind ständig in Gefahr, diesen zu verdrängen und entwickeln deshalb oft auch nicht das nötige politische und persönliche Engagement um einer adäquaten Alterspolitik zum Durchbruch zu verhelfen.

Schulpolitik: Bildung ist mehr als nur eine Wissensanhäufung

Chancengleichheit nicht gefährden

Die Volksschule gehört zu den Kernaufgaben unseres Staates. Eine Kernaufgabe, die im Moment einem enormen Reformdruck unterworfen ist, denken wir nur an Frühenglisch, an die Teilautonome Volksschule etc. Diese Reformen sind in vielen Bereichen richtig und notwendig. Eines sollten wir aber dabei nie vergessen: Bildung ist mehr als eine Wissensanhäufung, sie soll unsere Kinder möglichst gut auf ihr Leben vorbereiten.

Von Rosmarie Gartmann

Bildung ist, und das wird immer und immer wieder betont, der einzige Rohstoff unseres Landes. Darüber sind sich alle gesellschaftlichen Kräfte einig. Wenn es dann aber darum geht, der Bildung die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, werden solche Aussagen schnell zu blossen Lippenbekenntnissen aus 1. August-Reden. Es ist eine Binsenwahrheit, dass die Gelder im Moment knapp sind, es ist aber auch eine Binsenwahrheit, dass Rohstoffe nie gratis zu haben sind.

Natürliche Rohstoffe müssen gefördert werden, und nicht anders verhält es sich mit dem Rohstoff Bildung. Und wer bei der Bildung spart, spart nicht nur bei der Zukunft unseres Landes, nein, er gefährdet auch den soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Einsparungen im Bildungsbereich gehen immer zu Lasten jener Kinder, welche durch ihre Herkunft benachteiligt sind. Etliche Studien haben gezeigt, dass das soziale Umfeld, in welchem ein Kind aufwächst einen grossen Einfluss auf seine Bildungschancen hat. Eine der grossen Leistungen unseres Bildungssystems ist, dass es die Chancengleichheit aller Kinder zu verbessern hilft und diese Leistung darf nicht irgendwelchen Sparüberlegungen geopfert werden.

Schulraumplanung verstärken

Eines der grossen Probleme, mit der sich die Primarschulpflege in Uster beschäftigt, ist der enorme Bedarf an neuem Schulraum. Die Schulraumplanung in unserer Stadt hinkt den Gegebenheiten immer zwei Schritte hinterher. Diese Planung muss unbedingt verbessert werden, der Einsatz von mobilen Schulpavillons – und damit sind kein billigen Container gemeint – soll es zudem künftig ermöglichen, schneller auf unerwartet hohe Schülerzuwächse in einzelnen Quartieren reagieren zu können. Der Schulraumplanung und -realisation ist auch deshalb hohe Priorität einzuräumen, weil die Blockzeiten, welche von den Ustermer Stimmberechtigten 1997 (!) gutgeheissen wurden, noch immer nicht flächendeckend realisiert sind, obwohl sie vielen Eltern ein grosses Bedürfnis sind, genauso wie ein weiterer Ausbau der familien- und schulergänzenden Be-



Rosmarie Gartmann (50) ist Primarschulpflegerin, Mutter dreier Kinder und seit 2001 Mitglied des Gemeinderates. Sie kandidiert auf der SP-Liste erneut für dieses Amt (Listenplatz 7). (Foto: E.Voegeli)

treuung. Es stehen im Schulbereich riesige Investitionen an, zweifellos. Allerdings sollte davor gewarnt werden, aus finanziellen Gründen den Baustandard zurückzufahren, wie von bürgerlicher Seite gefordert wird. Unsere Kinder bekommen mit, wie gebaute Umwelt mit unserer Wahrnehmung kommuniziert. Farben, Materialien, Oberflächen, der Umgang mit Räumen, der gestaltete Aussenraum, dies sollte uns ein elementares Anliegen sein, denn sie haben prägende Wirkung auf die Kinder. Schulhausneubauten sollten deshalb überlegt geplant werden. Sie sollen selbstverständlich dem Schulbetrieb dienen, aber nicht nur!

Schule muss von allen getragen werden

Wenn der Rohstoff «Bildung» so wichtig ist, dann ist auch wichtig, dass wir diejenigen, die ihn fördern, bei der Stange halten: Nur mit motivierten Lehrkräften kann unsere Volksschule eine gute Schule sein. Es ist wichtig, dass für die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte genügend Mittel zur Verfügung stehen und es ist richtig, dass sie im Rahmen der Teilautonomen Volksschule (TaV) mehr Gestaltungsmöglichkeit aber auch mehr Verantwortung erhalten.

Doch nicht nur auf die Lehrkräfte kommt es an: Eine starke Volksschule muss von allen direkt Beteiligten getragen werden. Es ist deshalb von grosser Bedeutung, dass Eltern, Lehrkräfte und die Behörden eng zusammenarbeiten. Und das in einer vertrauensvollen Atmosphäre, denn nur so werden wir der Zukunft unserer Kinder gerecht.

Kulturpolitik: Uster muss seine aktive Kulturpolitik fortsetzen

Kultur ist kein Luxus, Kultur ist Notwendigkeit

Wenn ich die Veranstaltungsseiten der Zeitungen, die wöchentliche Zeitungsbeilage oder «Monat aktuell» anschau, stelle ich fest, es ist einiges los in Uster: Theater im Stadthofsaal, Jazz im Music-Container, Singen in der Kirche, Puppentheater im Schulhaus, Kabarett im Wagerenhof, Philosophie im Industriegelände. Diese erfreuliche Entwicklung muss weiter fortgeführt werden, auch durch die Stadt.

Von Ruth Aschwanden

Warum leisten wir uns eigentlich Kultur? Weil Kultur fördert, verbindet und integriert, weil kulturelle Aktivitäten zur Entfaltung, zur Auseinandersetzung mit und zur Gestaltung unserer Gemeinschaft beitragen, weil Kultur Begegnung und Kommunikation ist, weil wir in Vereinen und Organisationen, als Laien und Profis durch Theater, Musik und Tanz neue Erfahrungen sammeln können. Dies alles zeigt: Kultur ist kein Luxus, Kultur ist für unsere Gemeinschaft eine Notwendigkeit.

Kulturbeauftragter mit wichtiger Funktion

Und dies sollte auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten nicht ganz vergessen werden. Denn nur eine Gesellschaft, die lebt und gestalten kann, hat eine Zukunft. Eine staatliche Unterstützung des Kulturschaffens ist eine Investition in die Zukunft.

Die Stadt Uster ist gesetzlich nicht verpflichtet, etwas für die Kultur zu tun. Mit der Erstellung eines Kulturkonzeptes, hat sie sich aber Ziele und Aufgaben gesetzt und leistet somit ihren Beitrag zur Attraktivität der Stadt. Die Stadt fördert die Eigeninitiative, koordiniert, vernetzt und bietet Raum und Möglichkeiten für das kulturelle Leben. Durch die Bewilligung für das Projekt Qbus ermöglichte es der Gemeinderat letztes Jahr, dass hinter dem Stadthaus an der Braschlergasse, das Tor für die Kleinkunstszene weit aufgestossen wird, findet sich doch dort künftig Raum für Klein- und Jugendtheater, für nicht-kommerzielle Filmvorführungen und andere Möglichkeiten der kulturellen Freizeitgestaltung.

Dass man bei der Stadt bemüht ist, dass Kulturkonzept umzusetzen, zeigt die Anstellung eines Kulturbeauftragten. Er soll der Kultur in unserer Stadt ein Gesicht geben, sie vernetzen



Ruth Aschwanden (44) ist Sachbearbeiterin im Tagungszentrum Boldern und seit 2001 Mitglied des Gemeinderates. Sie kandidiert auf der SP-Liste erneut für dieses Amt (Listenplatz 8). (Foto: E. Voegeli)

und koordinieren und erste Anlaufstelle für Kulturschaffende sein.

Theatersaal im Zentrum

Die grösseren Theaterproduktionen in Uster finden im nicht sehr stimmungsvollen Stadthofsaal statt. Dennoch ist er gut ausgelastet, der Bedarf nach einem solchen Theater- und Konzertsaal ist ausgewiesen, die derzeitige Situation aber unbefriedigend. Es ist deshalb eine breite Diskussion um einen neuen Saal im Gange. Doch wo soll der stehen? Am jetzigen Standort, beim Stadthaus, im Kern Süd, im neuen Berufsbildungszentrum?

Mir scheint klar, dass ein solcher Konzert- und Theatersaal ins Zentrum und nicht an die Peripherie gehört. Die Benützung der Aula des Bildungszentrums Hohfuren als Theater- und Konzertsaal erscheint mir nicht ideal, zumal das Gebiet nicht gut mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen ist und auch keine Restaurants in der Nähe sind, wo man nach einer Theatervorstellung noch gemütlich einen Schlummertrunk nehmen kann. Denn ein Kulturabend besteht

nicht nur aus dem Kulturereignis als solchem, sondern auch aus dem ganzen Umfeld.

Kultur im Stadtpark

Auch der Stadtpark müsste meiner Meinung nach mehr für eine kulturelle Nutzung herangezogen werden. Die bereits vorliegenden Studienaufträge für eine Neugestaltung weisen auf die vielseitige Nutzung des Stadtparkes hin. Stellen Sie sich vor: Sonntags-Matinée im Musikpavillon, anschliessend ein Spaziergang durch den Park dem Naturlehrpfad entlang bis zum See, Freilichttheater im Stadtpark, «son et lumière», Open-air-Konzerte ...

Dass die Kosten für die weitere Planungsarbeit für die Neugestaltung des Stadtparkes von den Bürgerlichen aus dem Budget 2002 gestrichen worden sind, bringt diese Vision leider ins Wanken. Aber hoffentlich ist dies nur ein vorübergehender Rückschlag und kein Stillstand, der den Aufwind und die in vielerlei Hinsicht stattgefundenene Entwicklung stoppt und Uster kulturell zu einem provinziellen Dorf zurückfallen lässt.

Stadtentwicklung: Uster als attraktives Zentrum vor den Toren Zürichs

Auf dem Weg zur Schlafstadt?



Reto Dettli (37) ist dipl. Ing. ETH, Partner in einem Beratungsunternehmen und Vater zweier Kinder. Er kandidiert auf der SP-Liste für den Gemeinderat (Listenplatz 9). (Foto: E. Voegeli)

Lange Zeit war Uster als Schlafstadt verschrien, als Ort, an dem das Beste der Zug nach Zürich sei. Dies hat sich geändert, Uster ist erwacht, ist für immer mehr Menschen als Wohnort attraktiv. Diese Entwicklung ist erfreulich, muss aber, soll sie weitergehen, aktiv gefördert werden. Für die nächsten vier Jahre gilt es im Gemeinderat Pflöcke einzuschlagen, damit sich Uster nicht vom attraktiven Wohnort zurück zu einer langweiligen Schlafstadt entwickelt.

Von Reto Dettli

Die Stadt Uster profiliert sich als Stadt mit hoher Wohnqualität, mehr und mehr Familien lassen sich nieder. In den nächsten Jahren sind aufgrund des Bevölkerungswachstums zahlreiche Investitionen der öffentlichen Hand nötig, denken wir nur an den zusätzlich nötigen Schulraum und die familienergänzenden Leistungen. Die nötigen finanziellen Mittel für die unterschiedlichen Ansprüche sind aber nicht in gewünschtem Umfang vorhanden, der politische Verteilungskampf wird hart und spannend.

Uster soll sich stärker zu einem regionalen Zentrum entwickeln. Zu einer Zentrumsfunktion, wie es der Grösse von Uster eigentlich zusteht, gehört ein attraktives kulturelles Leben und zahlreiche, vielfältig gelagerte Arbeitsplätze. Wohnqualität, Kultur und Arbeitsleben sollen ein möglichst symmetrisches Dreieck bilden. Ein guter Busbahnhof und ein Viertelstundentakt bei der S-Bahn reichen dazu nicht aus. Im Gegenteil: Wo man schneller mit dem öV am Schiffbau, im Cinemax, im Kunsthause oder sonst an einer Stadtzürcher Kulturrecke steht als Wollishofer oder Altstetterinnen, ist es schwierig, ein eigenes Kulturangebot zu entwickeln.

Ein Festival für Uster

Mit der Schaffung der Stelles eines Kulturbeauftragten der Stadt, der Villa am Aabach, dem MusikContainer, regelmässigen Ausstellungen im Stadthaus und dem kommenden Kleinkunstzentrum Qbus bestehen ernsthafte Bestrebungen das Angebot zu verbessern. Was Uster fehlt ist ein Anlass von nationaler Bedeutung, eine Lokomotive die Dynamik entfaltet. Winterthur profiliert sich mit einem Kurzfilmfestival

und mit der Kleinkunstszene, Luzern hat ein Comicfestival und die Musikfestwochen, Solothurn ein Filmfestival und die Literaturtage. Und Uster? Jedes Kind weiss, dass in Uster die besten SchwimmerInnen der Schweiz domiziliert sind, aber Kultur? Warum profiliert sich Uster nicht mit den Ustermer Satiriker-Tagen oder einem Weltmusikfestival? Einem Contest des Techno-Jodelns oder einem Breakdance-Event?

Ein Gründerzentrum für Uster

Einen grossen Aufholbedarf sichte ich in Uster auch bezüglich Arbeitsplätzen, insbesondere im Zentrum des Ortes. Die bestehende Wirtschaftsförderung kann aufgrund ihres Umfanges nur das bestehende Gewerbe unterstützen und zufällig auf Uster anfallende Anfragen bezüglich Arbeitsflächen beantworten. Was hingegen fehlt, ist ein Gründerzentrum. Ein innovativer Ort, wo sich junge Unternehmen treffen, von einem erfahrenen «Götti» oder einer «Gotte» soweit unterstützt werden, dass die grössten Anfängerfehler vermieden werden und die schwierigen räumlichen Probleme durch eine grosse Flexibilität abgefangen werden. Wer weiss schon zu Beginn wie viel Büro- oder Produktionsraum er braucht und wie die Situation in drei Jahren ausschaut?

Am liebsten wäre mir ein Zentrum für Nachhaltigkeit. Ein Ort, wo Unternehmen, die sich auf eine nachhaltige Entwicklung in verschiedensten Wirtschaftszweigen spezialisieren, zusammenfinden. Es ist mir aber auch klar, dass sich die Ausrichtung des Gründerzentrums an den Bedürfnissen der Unternehmen zu orientieren hat und eine thematische Ausrichtung ein schwieriges Ziel bleibt. Uster braucht eine ausgewogene Entwicklung bezüglich der Wohnqualität, der Kultur und des Arbeitslebens. Und dazu gehört für mich:

- die Sicherung und der Ausbau der familienergänzenden Leistungen, damit ein gleichberechtigtes Familienleben in einem Umfeld hoher Wohnqualität erst ermöglicht wird,
- der Ausbau eines vielfältigen kulturellen Angebotes, das sich im Windschatten eines Kulturevents von nationaler Ausstrahlung entwickelt, sowie
- das Schaffen eines Gründerzentrums, damit junge und innovative Unternehmen in Uster starten und vom gegenseitigen Austausch und einem professionellen Coaching profitieren können.

Umweltschutz: Einschränkungen können auch mehr Lebensqualität bieten

Umdenken alleine reicht nicht



Patricia Bernet (30) ist Biologin und Geschäftsführerin der Greifensee-Stiftung. Sie kandidiert auf der SP-Liste für den Gemeinderat (Listenplatz 10). (Foto: E. Voegeli)

Umweltbewusstsein ist das eine, umweltbewusst handeln, ist das andere. Obwohl noch nie so viele Menschen über den desolaten Zustand der Natur Bescheid wussten, ändert sich nur wenig. Dies hat vor allem damit zu tun, dass viele Menschen Einschränkung zugunsten der Natur mit Verlust von Lebensqualität gleichsetzen. Doch eigentlich ist das Gegenteil der Fall: Aktiver Umweltschutz bringt ein Mehr an Wohlstand und Lebensqualität.

Von Patricia Bernet

Umweltschutz wird meist erst aus aktuellem Anlass ein Thema: Baumsterben, Ozonloch, Klimaerwärmung sind Schlagworte, die uns sensibilisieren. Nach einiger Zeit flaut die Wirkung ab und Umweltschutz wird nicht mehr thematisiert. Obwohl noch nie so viele Menschen so gut Bescheid wussten über den desolaten Zustand

der Natur, verhalten sich dennoch wenige umweltverträglich. Immer neue Erkenntnisse fordern auf der anderen Seite einen beweglichen Geist der Natur- und UmweltschützerInnen. So entstehen auch neue Ideen, um Umweltschutz «beliebt» zu machen. Umweltbildung ist ein Beispiel dafür. Sie hat zum Ziel, über das Erleben der Umwelt mit allen Sinnen Verständnis für die Natur und die ökologischen Zusammenhänge zu schaffen. Denn nur was man kennt, schätzt und schützt man. Aber die Zeit drängt, denn die Umweltprobleme wachsen uns über den Kopf.

Greifensee: Ein seltenes Biotop

Uster und das Greifensee-Gebiet kenne ich seit vier Jahren. Als Geschäftsführerin der Greifensee-Stiftung ist es mir sehr ans Herz gewachsen. Das Greifensee-Gebiet gehört zu den landschaftlich und biologisch wertvollsten Gebieten nicht nur des Zürcher Oberlandes, sondern des ganzen Kantons Zürich. Es ist Lebensraum für eine Viel-

zahl seltener und spezialisierter Tier- und Pflanzenarten. Verschiedene Bereiche sind in kantonalen und nationalen Inventaren aufgeführt (z.B. die Flachmoore). Gerade wegen seiner Schönheit ist es einem grossen Druck durch die erholungssuchende Bevölkerung ausgesetzt. Wer an einem schönen Sonntag einen gemütlichen Spaziergang am See macht, kennt die Völkerwanderungen, die dort stattfinden. Es sind jedoch nicht nur viele Leute, die sich an unserem See erholen, sondern es sind auch sehr viele verschiedene Interessen, die aufeinander treffen: Fussgänger und Velofahrerinnen, Menschen auf Inlineskats und mit ihren Hunden, Segler und Suferinnen und viele andere Menschen möchten den See und seine Ufer für sich haben. Es ist offensichtlich, dass nicht noch mehr getrennte Wege gebaut werden können, ebenso wie der See nicht ausschliesslich durch eine Interessengruppe genutzt werden kann. Wenn wir das Greifensee-Gebiet weiterhin geniessen und nutzen möchten, gibt es nur einen Weg: Biologisch wichtige Gebiete für die einheimischen Tier- und Pflanzenwelt schützen, die anderen BesucherInnen und ihre Interessen respektieren und uns selbst einschränken.

JedeR einzelne ist gefordert

Sobald man von Einschränkungen spricht, kann man niemanden mehr begeistern. Dass Einschränkungen nicht gleichbedeutend sind mit einem Verlust des Wohlstandes und der Lebensqualität, ist vielen nicht bewusst. Eine Tempo-30-Zone wird in Quartieren gewünscht, doch selbst die AnwohnerInnen sind nicht immer bereit, sich einzuschränken, obwohl sie selbst am meisten von der gesteigerten Lebensqualität profitieren würden. Auch wenn Abwehrreaktionen gegen Änderungen verständlich sind, so müssen wir daran denken, dass nur durch Neuerungen Fortschritt möglich ist: Unsere Wünsche für eine intakte Umwelt müssen wir uns schon selbst erfüllen. Wir sollten uns auch bewusst sein, dass wir – wie alle Menschen in Industrieländern – auf sehr grossem Fuss leben. Bekäme jeder Mensch zur Geburt eine fix definierte Punktzahl, die er für Mobilität, Nahrung, Lebensstandard, Freizeit etc. ausgeben kann, dann wären wir schon in jungen Jahren im Minus. Für eine nachhaltige Entwicklung und eine lebenswerte Umwelt ist ein Umdenken jedes und jeder Einzelnen erforderlich. Doch das Denken alleine reicht nicht aus: Wir sind gefordert zu handeln.

Sozialpolitik: Statt einem Programm, eine kleine Geschichte

Sicher haben sie ihn schon gesehen

«Er öffnet die Augen. Was vor seinem Blick erscheint, kommt ihm altbekannt und alltäglich vor: Strassen voller Passanten, die Eile haben und sich rempelnd vorandrängeln, ohne einander in die Augen zu sehen, zwischen hohen scharfkantigen und abgeblätternen Mauern. In der Ferne sprüht der gestirnte Himmel fiebrige Funken wie ein ins Stocken geratener Mechanismus, der zuckt und knirscht in all seinen nicht geölten Gelenken, Vorposten eines wankenden Universums, hektisch und ruhelos wie er selbst.» (Italo Calvino, Herr Palomar, München 1995, S. 138)

Von Marc Meyer

Sicher haben sie ihn schon gesehen. Er gehört zu einer Gruppe von Leuten, die manchmal am Bahnhof anzutreffen sind. Es sind Leute, welche am Bahnhof einen Teil ihrer Zeit verbringen. Nicht so wie wir, welche den Bahnhof nur als Durchgangsraum benützen. Wir steigen nur um. Vom Velo auf den Zug und vom Zug auf den Bus. Doch diese Menschen bleiben. Offensichtlich haben sie nichts anderes zu tun, denn sie bewegen sich nicht. Dazu trinken sie Bier, direkt aus der Flasche. Sie sind die einzigen, welche am Bahnhof bleiben. So, als hätten sie den Sinn des Bahnhofs überhaupt nicht verstanden.

Irgendwie erinnern sie mich darin an die Italiener in meiner Jugendzeit. Diese waren auch immer – hauptsächlich am Wochenende – am Bahnhof anzutreffen. Man sagte von ihnen, sie hätten Heimweh nach ihren warmen, sonnen-durchtränkten Dörfern im Süden. Sie würden ihre freie Zeit am Bahnhof verbringen weil die eisernen Schienen eine direkte Verbindung nach Hause ermöglichen. Man müsste hier nur leicht auf die Schienen klopfen und dort würde man dann ihre Botschaft schon verstehen. Von Uster nach Catania. In kleinen Gruppen standen oder sassen sie herum, schwatzten und gestikulierten dazu mit ihren Händen. Sie waren immer ausserordentlich gut gekleidet, so als komme bereits mit dem nächsten Zug die Schwiegermama zu Besuch. Überhaupt nicht zu vergleichen mit unserer Gruppe von Leuten. Richtig verwahrlost sind sie. Ungepflegt und zu laut. Einige von ihnen sind «Giftler». Man kann das gut sehen, auch wenn man wegschaut.

Der, den ich meine, ist gross, sehr gross sogar. Er hat kurzes, schwarzes struppiges Haar.



Marc Meyer (39) ist freischaffender Architekt und Präsident des Trägervereins Jugend- und Freizeitentrums Uster (Frjz). Er kandidiert auf der SP-Liste für den Gemeinderat (Listenplatz 11). (Foto: E. Voegeli)

Wie andere grosse Menschen auch, geht er leicht gebückt. So, als hätte er selber etwas Angst vor seiner ganzen Grösse. Als müsste er sich uns anpassen. Ich glaube, er hinkt auch ein wenig. Auf alle Fälle ist sein Schritt nicht sicher. Und manchmal baumelt sein langer Oberkörper in regelmässigen Wiegebewegungen hin und her. Dann hat er Schmerzen. Er ist gesundheitlich «angeschlagen» und das kann manchmal weh tun. Vorallem im Innern.

Nennen wir ihn A.

A. arbeitet bei uns im Frjz (das Frjz ist das Ustermer Freizeit- und Jugendzentrum). Doch was heisst arbeiten? Wenn arbeiten heisst, etwas zu tun und dafür einen Lohn zu erhalten, dann arbeitet A. nicht. A. kriegt keinen Lohn. Er lebt von der Fürsorge. Wenn er ein paar Stunden in der Woche einer «Beschäftigung» nachgeht, erhält er zusätzlich ein Sackgeld von den Behörden. Doch A. geht keiner «Beschäftigung» im Frjz nach. Er arbeitet, und das meint, er ist für das Frjz da, setzt sich ein, übernimmt Verantwortung, ist

zuverlässig, seine Spezialität ist der Unterhalt unserer Kaffeemaschine, welche eigentlich eher ein Kaffee machender Computer ist – und dazu ist er noch ein feiner Kerl. Ich glaube, wir mögen uns sogar ein wenig.

Um in einem bekannten Bild zu sprechen, könnte man sagen: Hier findet eine Begegnung statt. Es treffen sich das Unten und das Oben in der gemeinsamen Mitte und ... Doch das Bild stimmt nicht – für beide nicht – da bin ich mir sicher. So gut oder schlecht, geht es keinem von uns beiden. Und es ist auch nicht, die gute alte Leier von einem «gegenseitigen» Geben und Nehmen. Keine Weihnachtsgeschichte. Das Ganze ist im Gegenteil eine ziemlich normale Geschichte. Ich, für meine Seite kann nur sagen, dass ich es ganz in Ordnung finde A. etwas zu kennen – und es freut mich natürlich, wenn auch A. mich etwas kennt.

Doch am besten fragen sie ihn wohl selbst. Ich glaube, er könnte ihnen viel vom Leben erzählen. Er ist viel im Frjz oder – jetzt nur noch selten – am Bahnhof anzutreffen.

Integration: Ein Modewort oder eine Notwendigkeit?

Uster besteht aus lauter Minderheiten



Lennie Overdulve (51) ist Heilpädagogin und Mutter zweier erwachsener Söhne. Sie kandidiert auf der SP-Liste für den Gemeinderat (Listenplatz 12). (Foto: E. Voegeli)

In Uster leben schon bald 30'000 Menschen, das soziale Mosaik wird mit dem Bevölkerungswachstum immer breiter, immer bunter, setzt sicher immer mehr aus den unterschiedlichsten Minderheiten, aus den – wie es Hugo Loetscher ausdrückte – «unterschiedlichsten» Lebenswelten zusammen. Viele diese Minderheiten sind integriert, andere müssen um ihre Integration kämpfen: AusländerInnen, SeniorInnen oder Menschen mit Behinderungen.

Von Lennie Overdulve

Über eine bessere Integration der AusländerInnen wird schon länger und immer wieder diskutiert. Die Problematik ist bekannt, die Lösung noch nicht gefunden. Die Klagen von Lehrpersonen und Eltern über zu viel Ausländerkinder in den Schulklassen kennen wir alle. Nur selten freut sich jemand über die Vielfalt der Kulturen. AsylbewerberInnen müssen sich mit vielen verschiedenen Kulturen auf engem Raum ausein-

ander setzen und kommen kaum mit den SchweizerInnen in Kontakt. Wie sollen sich diese Menschen integrieren können?

Die SeniorInnen, vor allem wenn sie in einem Altersheim wohnen, sind auch nicht mehr so recht in der Gesellschaft integriert. Erst wenn man direkt betroffen ist, merkt man wie isoliert ein Heim sein kann. Die in letzter Zeit entstandenen und geplanten Wohngruppen sind eine ernsthafte Bestrebung dieser Isolation entgegen zu wirken. Eigentlich ist es erstaunlich, dass wir uns so wenig um diese Minderheit kümmern, denn auch wir werden ja einmal alt.

Was ist schon «normal»?

Eine Minderheit, die noch weniger wahrgenommen wird, sind die Menschen mit einer Behinderung. Auch hier gilt: Wer nicht direkt betroffen ist, interessiert sich wenig für diese Mitglieder unserer Gesellschaft. Es ist noch gar nicht solange her, dass die Behinderten in Heime abgeschoben wurden, möglichst unsichtbar für den Rest der Bevölkerung. Menschen, die ein-

bischen von der Norm abweichen, wurden schnell abgestempelt und in einem Heim untergebracht. In der heutigen Zeit hat sich das stark verändert. Dank Früherziehung und Unterstützung der Eltern können die behinderten Kinder länger Zuhause bleiben und eine spezielle Schule in ihrer Nähe besuchen.

Aber was ist eigentlich normal? Wann ist ein Mensch behindert? Trägt nicht auch unser System dazu bei, die Behinderung noch zu verstärken? Macht nicht die Art, wie wir diesen Menschen begegnen, es nicht noch schwerer sie zu integrieren und zu akzeptieren?

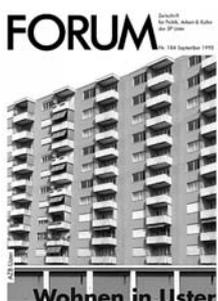
Schon in der Schule anfangen

Es wird in der Schule viel übers integrieren geredet und es wird auch praktiziert. SchülerInnen mit Lernproblemen oder Verhaltensauffälligkeiten werden nicht mehr alle in Sonderklassen eingeteilt. Wenn die Behinderung oder die Lernprobleme es zulassen, sind diese SchülerInnen in der Regelklasse. Für ihren Stützunterricht werden sie für einzelne Stunden aus der Klasse herausgenommen und einzeln oder in kleinen Gruppen unterrichtet.

Die Tendenz geht im Vergleich zu früher wieder in die umgekehrte Richtung: Möglichst wenige Sonderklassen sondern vermehrt SchülerInnen mit besonderen Bedürfnissen, wenn möglich, mit den anderen Kindern in die Regelklasse einschulen.

In Volketswil ist beispielsweise eine heilpädagogische Unterstufenklasse der HPS Uster einer Primarschule angeschlossen. Die Kinder dieser Klasse sind für einzelne Stunden (wie Turnen, Schwimmen, Musik etc.) einer Regelklasse zugeteilt. Die restlichen Stunden sind sie in der Stammklasse. Dieses Integrationsprojekt hat vor gut einem Jahr erfolgsversprechend angefangen.

Für die Lehrpersonen und die sogenannten normalen Kindern ist es eine gute Gelegenheit, sich mit dem Thema Behinderung zu befassen. Es wäre begrüßenswert, wenn die Schule sich mehr mit diesem Thema auseinander setzten würde. Kinder haben vielfach noch ein unverkrampftes Verhältnis zu andersartigen Menschen. Tatsache ist, dass die meisten Erwachsenen nicht so recht wissen, wie sie einem Menschen mit einer Behinderung begegnen sollen. Wenn wir solche Gefühle oder auch Ängste abbauen könnten, würden wir eine bessere Integration und Akzeptanz dieser Minderheit in unserer Gesellschaft erreichen.



Engagieren Sie sich für eine soziale und ökologische Zukunft!

Gegen 50'000 Frauen und Männer haben sich in der SP zusammengeschlossen, in Uster sind wir etwa 170. Unser politisches Programm heisst: sozial, demokratisch und umweltverträglich. Und wir zählen auf die Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren, eine Solidarität, die gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wichtig ist.

Aus unseren Visionen und Utopien wollen wir konkrete politische Positionen entwickeln und uns miteinander dafür einsetzen, dass sie Wirklichkeit werden. Wie wir unsere Utopien in politisch machbare Vorhaben umsetzen, darüber sind wir uns im Einzelfall nicht immer einig. Weil wir aber solche Konflikte fruchtbar zu lösen versuchen, ist die SP eine spannende Partei. Manchmal macht uns diese Spannung Mühe – aber ohne sie wäre die SP nicht, was sie ist: Eine kreative und engagierte politische Kraft. Und zahlreiche Abstimmungserfolge sowie das Versagen von neoliberalen Rezepten zeigen, dass die Schweiz eine solche Kraft braucht.

Machen Sie mit? Wenn Sie mit uns Kontakt aufnehmen, senden wir Ihnen gerne weitere Unterlagen und laden Sie zu unseren Veranstaltungen ein. Wir freuen uns auch über Mitglieder oder Sympathisierende, die vorläufig nichts mehr wollen als unsere Informationen. Und die mit ihrem Beitrag unsere Arbeit unterstützen. Danke!



FORUM-Abonnement

- Ja, ich möchte FORUM abonieren und erhalte für Fr. 30.– pro Jahr vier Ausgaben in meinen Briefkasten

Name

Adresse

PLZ Ort

Senden Sie diesen Talon an FORUM, Postfach 340, 8610 Uster

Ich will mehr erfahren über die SP.

- Ja, ich will Mitglied der SP Uster werden.
- Ich will mehr erfahren über die SP. Senden Sie mir bitte weitere Unterlagen

Name

Adresse

PLZ Ort

Senden Sie diesen Talon an die SP Uster, Postfach, 8610 Uster